

100 LÖSUNGEN DAMIT SICH WAS ÄNDERT FÜR BERLIN



CDU



„Wer wissen will, wie man eine Stadt erfolgreich erneuert, der muss das Programm der Berliner CDU lesen. 100 Lösungen für Berlin. Ein gutes Konzept für diese Stadt.“

**Vorsitzende der CDU Deutschlands
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

CDU/Laurence Chaperon

„Jetzt schauen Sie doch mal, was die Union schon alles an Modernisierung geschafft hat. Es war die Regierung Merkel, die unser Land mit international beispiellosem Erfolg durch die Krise geführt hat. In der Familienpolitik schreiben uns die Menschen eine Kompetenz zu, die so schnell keiner einholen kann. Lesen Sie bitte das Klasse Wahlprogramm der Berliner CDU. Die sind allen anderen Parteien voraus.“

Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen
(Interview des Tagesspiegel vom 29. Mai 2011)



CDU Deutschlands



„Bildungschaos, leere Kassen – ich will keine Politik, die Experimente auf Kosten meiner Zukunft macht. Es muss sich dringend etwas ändern in Berlin. Die CDU hat die Lösungen und ein Wahlprogramm, das man lesen und verstehen kann.“

**Vanessa Tietz,
Abiturientin**

privat

Lila Blumen und Blau,

vielleicht sind Sie erstaunt, dass Sie das Wahlprogramm der CDU Berlin an Ihrem Zeitungskiosk gefunden haben?

Wir haben diesen für Parteien neuen, direkten und ungewöhnlichen Weg gewählt, nicht nur, weil wir vom Inhalt dieser 80 Seiten überzeugt sind, sondern weil dieses Programm auch Ihr Programm ist.

Wir haben die Berlinerinnen und Berliner im Frühjahr dieses Jahres über Internet, Anzeigen und Großplakate gefragt: Was sind die 100 größten Probleme Berlins? Was muss sich in unserer Stadt ändern? Worüber ärgern Sie sich, was funktioniert nicht, worum muss sich eine neue Landesregierung endlich kümmern? Viele von Ihnen sind unserem Aufruf gefolgt und haben die zahlreichen Möglichkeiten zum Mitmachen genutzt - im Internet, per Telefon, auf Veranstaltungen oder per Post. Sie haben auf die Schwerpunkte unseres Wahlprogramms direkten Einfluss genommen und zahlreiche gute Anregungen gegeben, die wir berücksichtigt haben.

Die Berlinerinnen und Berliner haben deutlich gemacht, was sich ändern soll. Die Broschüre, die Sie nun in den Händen halten, ist das Ergebnis dieser Diskussion. Nun wollen wir uns als CDU gemeinsam mit Ihnen dafür einsetzen, dass diese Probleme angepackt und gelöst werden.

Wir wollen einen Politikwechsel in Berlin. Es gibt vieles, wofür es sich einzusetzen lohnt: Für neue Arbeitsplätze und eine starke Wirtschaft, für gute Schulen, für saubere und sichere Kieze und für ein leistungsfähiges Verkehrssystem. An diesen Zielen möchte ich gemeinsam mit Ihnen arbeiten. Damit sich was ändert. Ich will da aufräumen, wo Berlin nicht funktioniert, und dazu benötige ich Ihre Unterstützung.

Die 100 drängendsten Probleme und unsere Lösungsvorschläge finden Sie auf den folgenden Seiten - in Berlins erstem echten Bürger-Wahlprogramm.

Ich wünsche Ihnen viel Freude bei der Lektüre.

Frank Henkel

**Frank Henkel,
Spitzenkandidat der CDU Berlin**

Martin U.K. Lengemann



**Frank Henkel,
Spitzenkandidat der CDU Berlin**

BERLIN WIRD SCHLECHT REGIERT. DAS MUSS SICH ÄNDERN.

Unsere Lebensqualität ist bedroht

Es muss sich vieles ändern, damit Berlin so attraktiv wie heute bleiben kann. Stellen Sie sich einmal kurz vor, die Probleme Berlins wären beseitigt, die Blockaden aufgehoben und alle Berlinerinnen und Berliner könnten ihre Kraft voll entfalten. Dann wären Gefahren gebannt und Ungerechtigkeiten reduziert.

S-Bahn, Schulen, Arbeitsmarkt, Wirtschaftsentwicklung, Integration: An Missstände hat sich Berlin leider gewöhnt

So richtig vorstellen können wir uns gar nicht mehr, dass in Berlin die S-Bahn zuverlässig fährt, die Schulen saniert sind, der Arbeitsmarkt funktioniert, die Probleme der Migranten und die Schwierigkeiten mit Zuwanderern gelöst sind, die Wirtschaft boomt, die Straßen nachts sicher bleiben, Wartezeiten bei Ärzten und Behörden unbekannt sind und die Stadt, ihre Parks und Plätze blühen.

Die CDU kann leider keine einfachen, schnellen Lösungen versprechen. Dem steht schon die alles dominierende Haushaltsnotlage entgegen. Aber die CDU findet sich nicht mit den Problemen ab. Wir wollen sie entschlossen angehen. Für uns ist das die zentrale Frage: Kann Berlin seine Probleme in den Griff bekommen, oder bleibt es dabei, dass Schulden, soziale Spaltung, Gewalt, mangelhafte Bildung, wirtschaftlicher Rückstand, Integrationsprobleme usw. wachsen?

Die Berliner CDU bietet: 100 Lösungen für 100 Probleme

Wir räumen entschlossen auf, dennoch wird es dauern

Deshalb haben wir unser Programm völlig neuartig aufgebaut. Wir haben aus der Sicht aller Bürger und Unternehmen dieser Stadt die Schwierigkeiten aufgeführt. Nach Themen sortiert sind die 100 wichtigsten Probleme aufgelistet. Das Entscheidende steht dann jeweils daneben: die Lösung. Konkret und verständlich. Die Probleme verschwinden nicht über Nacht. Aber sie werden endlich angegangen.

Nach den aufgeführten 100 wichtigsten Problemen finden sich als Anmerkungen verwandte, ergänzende Themen. Darüber hinaus finden Sie auf der Internetseite der Berliner CDU unsere wichtigsten Konzepte, die die anstehenden Aufgaben in Berlin vertieft behandeln. Allein unser bundesweit gelobtes Integrationsprogramm umfasst 45 Seiten. Aber auch zu wichtigen Einzelthemen wie E-mobility, S-Bahn-Krise oder Bürgerarbeit haben wir ausführliche Lösungen vorgelegt.

Die Zukunft Berlins fängt bei den Bürgern an

Dieses Programm kam mit den Bürgern zustande

Lob von allen Seiten: „Berlins innovativste Partei“

Die CDU Berlin untermauert mit diesem Wahlprogramm ihre Stellung als die Partei, die für die Probleme unserer Stadt die erfolgversprechendsten Lösungen bietet. Wir freuen uns, dass wir schon während der Erarbeitung dieses Programms reichlich positive Resonanz erhalten haben. Wir haben den Bürger in bisher ungekanntem Ausmaß Gelegenheit gegeben, sich zu beteiligen. Über 1.000 Beiträge zu unserem Programm haben Bürger verfasst. Mehr als 40.000 Seiten unserer eigens eingerichteten Programm-Webseite www.richtig-fuer-berlin.de wurden aufgerufen. Wir haben in Veranstaltungen diskutiert, mit zahlreichen Experten gesprochen und Berlins erste telefonische Bürgerkonferenz mit über 450 Teilnehmern abgehalten. Diese Bürgerbeteiligung hat sich mehr als gelohnt. Wir haben in vielen Einzelfragen wertvolle Anregungen erhalten. Vor allem können wir heute noch überzeugter und überzeugender argumentieren: Das sind die Probleme Berlins. Wir können, wollen und werden sie lösen. Eine Zeitung formulierte über die Berliner CDU, sie sei „hier die innovativste aller etablierten Parteien.“ Diese Zeitung ist die taz und wir bedanken uns für den vorurteilsfreien Blick.

Die Bürger brauchen eine Stimme – auch für unbequeme Themen wie Gewalt, Integration oder Verwahrlosung

Die Beteiligung der Bürger verdeutlicht, dass bestimmte Probleme dieser Stadt ohne ausreichende Stimme in der Öffentlichkeit dastehen und im gegenwärtigen Senat keine Resonanz finden. Während die Probleme an den Schulen zu Recht im Fokus stehen, der katastrophale Zustand der S-Bahn hinreichend deutlich - wenn auch vom Senat weiter ungelöst - ist, die sozialen

Belange über zahllose, öffentlich finanzierte Initiativen und Träger repräsentiert sind, werden andere wichtige Themen an den Rand gedrängt: Zahlreiche Polizisten haben sich bei uns gemeldet und sich enorm erleichtert gezeigt, dass wir thematisiert haben, wie schlecht Stimmung, Ausstattung, ja Ausnutzung dieses Berufszweiges nach jahrelangem Einstellungs-Stopp sind. Straftäter werden immer jünger, Polizisten immer älter – und weniger.

Auch die Unsicherheit der normalen Bürger nachts, an leeren U-Bahnhöfen, Parks und an anderen Stellen des öffentlichen Raums ist viel größer, als es die linken Mitbewerber wahrhaben wollen. Das gilt auch für die eigene Wohnung: Nichts nimmt in Berlin so sehr zu wie Wohnungseinbrüche. Wenn Gewaltdelikte an Schulen nicht mehr gemeldet werden, dann sinkt ihre Anzahl zwar in der entsprechenden Statistik. Sprechen dagegen die Bürger, tritt ein anderes Bild zu Tage. Die zunehmende Verwahrlosung Berlins muss gestoppt werden.

Die CDU steht für eine konsequente Politik gegen jede Form von Gewalt. Wir verharmlosen auch nicht Gewalt, die mit dem Ausdruck „Gewalt gegen Sachen“ bagatellisiert wird. Eindrucksvoll hat etwa Rudi Giuliani 1993 vor seiner Wahl zum Bürgermeister von New York die Bekämpfung der Kriminalität in seiner Stadt versprochen. Unter dem Begriff „Null-Toleranz-Strategie“ wurde er damit weltweit berühmt. Um 57 Prozent hat er die Verbrechensrate in New York gesenkt, die Zahl der Morde fiel auf ein historisches Tief, während in anderen Teilen der USA die Gewalt nicht zurückging.

Neben der persönlichen Sicherheit bedrückt die Menschen das Thema Integration. Dem darf sich die Arbeit des nächsten Senats nicht weiter verschließen. Das gilt nicht nur für die Sorgen der Einheimischen, sondern auch für die der Zuwanderer. Auch sie werden durch Nichtbeachtung ihrer guten Ansätze, ihrer teilweise enormen Leistungen bestraft. Die „schau-weg-und-tu-nix“-Regierung leugnet die Schwierigkeiten der Einheimischen und verdrängt, dass viele Zuwanderer vor drängenden Problemen stehen. Sie werden trotz guter Integrationsleistung in Sippenhaft für Missstände genommen. Die Migranten, nicht die Einheimischen, sind zudem die häufigsten Opfer von Gewalt anderer Migranten.

Wir werden die Zustände nicht weiter tolerieren. 40 Prozent Arbeitslosigkeit bei Nicht-Deutschen Staatsangehörigen, vor allem Türken, in Berlin sind eine Zeitbombe. Wir haben dazu viele Vorschläge erarbeitet. Zu ihrer Umsetzung braucht man den klaren Kompass der Union: Wir wollen alle Zuwanderer zu deutschen Staatsbürgern machen und zwar nicht auf dem Papier, sondern wirklich. Das setzt den Mut voraus, sowohl den Hasspredigern wie auch den integrationsunwilligen Ausnutzern unserer Sozialsysteme in bisher nicht bekannter Deutlichkeit ihre Grenzen aufzuzeigen. Genauso gilt es, die pauschale Verunglimpfung von Islam-Gläubigen oder die Diskriminierung ganzer Bevölkerungsgruppen zu stoppen. Rot-Rot legt dagegen ein lächerliches Integrationsgesetz vor, ohne Ideen und ohne Veränderungswillen außer demjenigen, noch mehr Bürokratie zu schaffen. Selbst der juristische Dienst der Senatskanzlei hat schwerste rechtliche Bedenken und zweifelt am Nutzen des rot-roten Integrationsgesetzes. Auch der SPD-Bezirksbürgermeister von Mitte betitelte es als realitätsfern und nutzlos. Dessen Partei- und Amtskollege aus Neukölln nannte es „Bürokratisches Pillepalle und Etikettenschwindel“.

Unser Programm nennt die Probleme beim Namen und bietet Lösungen an. Die wesentlichen übergeordneten Fragen stehen dabei in einem unauflöslichen Zusammenhang. Da ist zum einen die verheerende finanzielle Situation, die ohne eine dynamische, nachhaltige, wirt-

Wohnungseinbrüche nehmen drastisch zu

Null-Toleranz-Strategie

Opfer von Gewalt von Migranten sind zuerst andere Migranten

Klarere Kompass der Union

Selbst SPD-Politiker nennen Integrationspolitik des Senats realitätsfern und nutzlos

Unauflöslicher Zusammenhang zwischen Integration, Wirtschaft und Bildung

schaftliche Gesundung Berlins alle anderen Probleme schwer lösbar macht. Zum anderen stammen ein Viertel der Berliner aus dem Ausland. Schaffen wir deren Integration nicht, wird Berlins Genesung nicht gelingen. Das wiederum ist abhängig davon, dass unser Bildungssystem die entsprechenden Voraussetzungen für alle Berliner schaffen kann. Auch davon sind wir leider meilenweit entfernt.

Vier zentrale Felder: Bildung, Wirtschaft, Integration und Innere Sicherheit

Innere Sicherheit als notwendige Voraussetzung für die Lösung der Probleme in anderen Bereichen

In Berlin müssen somit drei Bedingungen gleichzeitig erfüllt werden, damit die Probleme in allen Bereichen nicht weiter steigen: Wir brauchen erstens Wirtschaftskraft zur Sanierung der Haushalte und zur Beschäftigung, wir brauchen zweitens eine leistungsfähige Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschullandschaft und wir brauchen drittens eine erfolgreiche Integration. Dazu müssen wir die innere Sicherheit gewährleisten. Fehlt es an diesem vierten Punkt, wird die Lösung der drei Bereiche Bildung, Wirtschaft und Integration so behindert, dass jeder Erfolg gleich wieder gefährdet ist. Nicht zufällig hat die Union diese vier Bereiche zu den zentralen Themen ihres Wahlkampfes erklärt. Eine Verkürzung auf nur ein Thema - auch wenn es Bildung heißt - ist zum Scheitern verurteilt.

Gewalt, Kinderarmut, marode Schulen, kaputte Straßen oder S-Bahn sind heute schon deutlich spürbare Folgen davon, dass die vorgenannten Bedingungen eben nicht erfüllt sind. Ähnliche Defizite zeigen sich in Ansätzen in der Gesundheitsversorgung oder auch bei den Computersystemen der Verwaltung.

Stadtentwicklung muss endlich das tun, was der Name sagt: die Stadt entwickeln helfen

Flankiert werden müssen die vier zentralen Felder von einer klugen, vorausschauenden Stadtentwicklungspolitik. Auch hier sind die Warnsignale unübersehbar. Berlin hat nach der Einheit einen wahren Bauboom erlebt, vom Pariser Platz bis zu den Bundesbauten, von dem neuen Eisenbahnnetz bis zur Clubszene. Eine spektakuläre Neuigkeit reihte sich an die nächste. Aber jetzt? Heute wird der Schlossbau verschoben, die Neugestaltung um den Hauptbahnhof schleppt sich, die Berliner Altstadt zwischen Molken- und Neuem Markt bleibt leer und spannende Szene-Orte müssen mühsam verteidigt werden oder sind, wie die Bar 25, verloren. Jede öffentliche Debatte, ein konstruktiver Diskurs und eine Bürgerbeteiligung fehlen.

Soziale Brennpunkte wachsen

800.000 Menschen in Berlin leben von Transfergeldern – ein trauriger Rekord in Europa

Neu entstehen und wachsen dafür soziale Brennpunkte. Armut hat in Berlin leider Konjunktur, sagt der Sozial-Struktur-Atlas des rot-roten Senats: Während sich die sozialen Brennpunkte in der Innenstadt verfestigt haben, wird nun auch das Leben an den Stadträndern prekärer. Die Erhebung misst anhand von Indikatoren wie Arbeitslosigkeit, Lebenserwartung und Einkommenslage die sozialstrukturelle Entwicklung Berlins. Folgt man dem Bericht, verschlechtert sich die Lage. Anders formuliert: die soziale Spaltung nimmt zu. Die Sozialsenatorin legt eine gruselige Bilanz vor: 800.000 Menschen in Berlin leben von Transfergeld – früher nannte man das Sozialhilfe.

Unsere wirtschaftliche Basis erodiert

Die wirtschaftliche Aktivierung Berlins ist inzwischen so offensichtlich notwendig, dass sich selbst die Rhetorik des jetzigen Senats ein wenig ändert, wenn auch sein Handeln nicht. Die wirtschaftliche Basis für die noch ungebrochene Attraktivität unserer Stadt, für unsere hohe Lebensqualität erodiert.

22 Milliarden Euro Ausgaben – nur 9,6 Milliarden Euro Steuereinnahmen: schlimmer als in Griechenland

Ganz gleich, welches Zukunftsthema wir ansprechen, überall ist der Geldmangel so groß, dass er die Probleme in Berlin vergrößert. Die finanziellen Nöte der Stadt haben ein beängstigendes Ausmaß angenommen. 22 Milliarden Euro gibt Berlin im nächsten Jahr aus. Die Steuereinnahmen liegen weit unter der Hälfte: bei nur 9,6 Milliarden Euro. Und obwohl andere

Bundesländer und der Bund etwa sieben Milliarden pro Jahr zuschießen, ist die Haushaltslücke immer noch viel größer als die von Griechenland, das solche Zuschüsse nicht bekommt. Aber: Sparen, bis es quietscht, und Gebühren erhöhen, bis es beißt, kann nicht die Antwort sein. Dann würden wir irgendwann gezwungen, Universitäten, Opern und dazu Schulen und Krankenhäuser zu schließen – und die Busfahrpreise zu verdoppeln.

Die einzig denkbare Antwort ist eine ganz neue Wirtschaftspolitik, die die Unternehmen in der Stadt wachsen und damit die Steuern sprudeln lässt. Das setzt voraus, dass wir nicht gleichgültig reagieren, wenn allein innerhalb eines Monats die Bahn ihre Logistikzentrale abzieht, der Filmkonzern Time Warner sein Büro schließt und Daimler Financials seinen Unternehmenssitz nach Stuttgart verlegt. Dem gegenwärtigen Senat fehlt leider jedes Verständnis und jeder Sinn für die Dringlichkeit von wirtschaftspolitischen Themen.

Unterstützt werden muss das Wachstum von bestehenden Unternehmen und die Gründung und Entwicklung von neuen Industrien und Firmen. Ansiedlungen sind eine nützliche Ergänzung, aber ersetzen die Entwicklung im Bestand nicht. Dabei geht es um zwei Dimensionen von Unterstützung: die gezielte Hilfe in einzelnen Branchen, sei es durch Genehmigungen, Pilotaufträge, Kontaktabbauungen, Vernetzung mit Wissenschaft und Ähnlichem. Gleichzeitig ist mindestens so wichtig, dass Unternehmen die richtige Umgebung, den richtigen Nährboden zum Wachsen vorfinden. Hier geht es um Infrastruktur, wie Straßen, den neuen Flughafen, zuverlässige, bezahlbare Energie und Grundstücke, eine unbürokratische Verwaltung und weitere Faktoren. Berlin hat beim Thema Wirtschaftsfreundlichkeit von Regierung und Verwaltung in den Untersuchungen verschiedener Institute die letzten Plätze abonniert.

Wirksam wäre, wenn es mehr Verlässlichkeit und Tempo gäbe. Das kostet nichts, schafft aber viele Arbeitsplätze. Wo darf ich was? Worauf kann ich Investitionen aufbauen? Gilt morgen schon wieder etwas anderes? Berlin hat sich vier Anläufe für ein neues Klimaschutzgesetz geleistet und immer noch keine Lösung gefunden. Die Firmen tapen im Dunkeln. Bis heute gibt es nicht einmal eine handhabbare Regelung für die Parkerlaubnis für Handwerker im Außendienst. In Sonntagsreden war das alles versprochen. Zu den kommenden Wahlen legt die IHK eine seitenlange Versäumnisliste vor, die sie höflich als Wahlprüfsteine umschreibt.

In PR-Veranstaltungen schwärmt der Senat von den Chancen von E-mobility. Die gibt es in der Tat. Nur braucht der Senat ein ganzes Jahr, um von der CDU die Idee einer Plattform-Agentur zu übernehmen. Bloß hat die praktisch kein Geld. Sie soll ein Netzwerk sein. Allerdings ist kein einziges Unternehmen aus der Automobilbranche dabei. Nicht einmal die Berliner Zulieferer. In diesem Schlafwagentempo kommt E-mobility nie nach Berlin.

Auch die Gesundheitswirtschaft fragt sich, wann und wie Berlin die Charité saniert. Mit der bundesweit niedrigsten Investitionsquote aller Krankenhäuser wird man nicht führend, sondern Schlusslicht. Das hoch gelobte Gesundheitscluster ist blockiert. Für all das hat die Berliner CDU konkrete Lösungsvorschläge vorgelegt. Nicht umsonst widmet sich die ausführlichste Passage des folgenden Programms der Wirtschaft.

Zur Wirtschaftspolitik im weiteren Sinne gehört auch der Verkehr. Der funktioniert in Berlin nur, wenn nicht einzelne Verkehrsarten gegeneinander ausgespielt werden. Der Grundsatz der Freiheit darf nicht untergehen. Die CDU macht Verkehrspolitik für alle Berliner, nicht nur für die in der Innenstadt oder am Stadtrand wohnenden Menschen.

Einzig denkbare Antwort: eine viel entschlossenerere Wirtschaftspolitik

Die Unterstützung bestehender Unternehmen gehört endlich in den Mittelpunkt

Ein erheblicher Teil der Problemlösung liegt in einer professionelleren Verwaltung

Verlässlichkeit und Dringlichkeit: zwei Fremdworte für Berlins Wirtschaftspolitik

Auch neue Themen ohne Elan: E-mobility auf der Stand – statt auf der Überholspur

Wirtschaft läuft nicht ohne Verkehr

Planbare Klimaziele schaffen Klimaschutz-Industrie

Nur mehr Wohnungen halten die Preise wirklich niedrig

Fachkräftemangel: in Zukunft das wichtigste Thema für die Wirtschaft

Familien werden grob vernachlässigt

Hunderttausende Kinder leben von Hartz IV – die größte soziale Ungerechtigkeit, die der rot-rote Senat einfach nur verwaltet

23 Schulreformen bringen Berlin von Pisa-Platz 9 auf die Abstiegsränge

60 Prozent der Schüler erreichen das Leistungsniveau nicht

Eine ökologische, nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung, langfristig verlässliche Klimaziele, die mit dem Aufbau einer entsprechenden Industrie abgestimmt sind, können die Wirtschaftspolitik unterstützen und gleichzeitig Berlin zu einem vorbildlichen Umweltstandort machen. Auch günstige Mieten sind nicht nur sozial gewollt, sondern stellen einen großartigen Wettbewerbsvorteil für Berlins Unternehmen dar. Wohnungspolitik darf also nicht heißen, wir haben möglichst viele Wohnungsbaugesellschaften. Die durchschnittliche Miete dort ist übrigens unter Rot-Rot leicht höher (!) als bei privaten Wohnungsbesitzern! Sinnvoll ist hier nur eine kontinuierliche Vergrößerung des Angebots. Nur das hält die Mieten niedrig.

In dem wichtigsten wirtschaftspolitischen Problem steckt für Berlin auch eine Chance: Der Fachkräftemangel bedroht alle Firmen in Europa, auch unsere in Berlin. Dank unser Attraktivität, unserer Potenziale an den Hochschulen, unserer niedrigen Mieten, unseres vorbildlichen Kulturangebots können wir einen Wettbewerbsvorsprung erzielen. Er würde dafür sorgen, dass wir mehr mobile, qualifizierte Menschen haben und Unternehmen deshalb ihre Entwicklung stärker nach Berlin ziehen. Dafür müssen wir einiges tun. Im Programm finden sie viele konkrete Vorschläge.

In diesem Zusammenhang ist die kaum vorhandene Familienpolitik eine besondere Schwäche in Berlin. Das Wort Familie kommt im letzten Koalitionsvertrag zwischen SPD und Linke erst gar nicht vor! Talente und Führungskräfte kommen nicht nach Berlin, wenn für ihre Familien nicht gesorgt ist. Da geht es um Schulpolitik, Stadtentwicklung, Sicherheit und vor allem um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kein einziges Mitglied im heutigen Berliner Senat hat auch nur ein einziges Kind in einer öffentlichen Schule von Berlin. Dem Senat fehlt die Berührung mit der Realität - und so ist auch seine Politik.

Genauso allein gelassen sind auch Alleinerziehende in dieser Stadt: 88 Prozent aller Alleinerziehenden mit mehreren Kindern leben in Berlin von Hartz IV. Aus dieser Gruppe kommen die meisten Kinder, die in Hartz IV aufwachsen. Mehr als jedes dritte Berliner Kind lebt heute so. Hier verfestigen sich Strukturen, die das Gemeinwesen untergraben. Auch hier tickt eine Zeitbombe. Wenn diese Kinder mehrheitlich ohne gute Schulbildung dann den größten Teil der nächsten Generation stellen, dann droht Berlin der soziale und wirtschaftliche Absturz. Es geht um Hunderttausende Kinder, die nicht gut genug auf ihr Leben vorbereitet sind.

Auch an den Schulproblemen ist der rot-rote Senat gescheitert. Seit 2003 hat er die Stadt mit 23, in Worten: dreiundzwanzig, Schulreformen überzogen. Vor den ganzen Reformen stand Berlin auf Pisa-Platz 9. Heute stehen wir auf einem Abstiegsplatz und träumen von einem solchen Ergebnis. Schon damals hatte die Stadt wenig Geld, gab es viele Zuwanderer, vor allem auch aus der türkischen Unterschicht, deren Kinder leider notorisch Schwierigkeiten in der Schule haben. Diese altbekannten Besonderheiten müssen heute für die noch schlechter gewordenen Ergebnisse erhalten. „Wir sind auf dem richtigen Weg“, sagt Schulsenator Zöllner dazu wörtlich. Der Mann hat Humor. Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.

Die ganze Dramatik wird deutlich, wenn man hört, dass außerhalb von Gymnasien 60 Prozent der Schüler in Berlin das geforderte Leistungsniveau nicht erreichen. An den Gymnasien sieht es zwar ein wenig besser aus, aber immer noch wesentlich schlechter als im bundesdeutschen Vergleich. Das nimmt der Senat nun zum Anlass, die Gymnasien schlechter auszustatten. Als wenn es das Ziel wäre, dass alle schlecht abschneiden.

Die schlechte Ausstattung ist ein Grund dafür, dass die verkürzten Laufzeiten bis zum Abitur, das sogenannte G8, unnötig schlecht läuft. Andere Länder sind besser. Inzwischen wurde nämlich auch verglichen: G8-Abiturienten schneiden nicht schlechter ab als die ein Jahr länger laufenden G9-Schüler. Anders als bei den meisten Berliner Reformen gibt es also Veränderungen, die das Leistungsniveau nicht absenken.

Wir haben uns selbst an Brandbriefe aus Berliner Schulen gewöhnt. Die Reaktion des Senats schwankt zwischen Untätigkeit, Beschwichtigung und sinnlosem Verwaltungs-Aktionismus. Nun soll es also ein Qualitätspaket mit mehr Kontrollen geben, sagt die Verwaltung. Als wenn Fragebögen, Bürokratie und Gängelei die Situation verbessern könnten. Gut wird es erst, wenn Schulen ihre Situation selbst in die Hand nehmen dürfen und der Senat sie dabei unterstützt. Die Hoover-Schule in einer problembeladenen Ecke des Weddings ist so ein Beispiel. Selbst die Rütli-Schule hat sich stark verbessern können. Von der Schulpolitik in Berlin kann man leider nur das Gegenteil berichten. Dass es viele frustrierte Lehrer gibt, kann man gut verstehen. Das gehört wohl zum System. Denn in Berlin demotiviert man am besten gleich den ganzen Öffentlichen Dienst. Sparen ist gut, wenn man gemeinsam mit den Betroffenen günstigere und oft bessere Lösungen sucht. Kürzen und Alleinlassen ist das falsche Rezept.

Anfang Januar haben wir Frank Henkel zum Spitzenkandidaten der CDU für die Wahlen am 18. September gewählt. In seiner ersten Rede hat er sein zentrales Versprechen formuliert: „Aufräumen, wo Berlin nicht funktioniert“. Einen drastischen Beleg für den Bedarf nach Aufräumen kann man dem Tagesspiegel vom 10. Januar entnehmen. Dort kommentiert Harald Martenstein auf Seite 1 die Lage Berlins: „Berlin hat, ich vertrete diese These seit Jahren, nach 1989 einen ähnlichen Weg genommen wie viele afrikanische Staaten nach dem Ende der Kolonialherrschaft. Lokale Eliten kommen an die Macht, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, Misswirtschaft und Günstlingswirtschaft verbreiten sich, die Infrastruktur verfällt, während die Kaste der Mächtigen Partys feiert. Berlin ist ein sogenannter ‚failing state‘, ein Staat, der seine Aufgaben nicht mehr erfüllen kann.“

**Nüchtern zusammen gefasst:
Berlin wird schlecht regiert.
Das muss sich ändern.
Wir sagen auf den nächsten Seiten, wie.**

Gymnasien werden benachteiligt

Nur wenn die Schulen endlich mehr selbst entscheiden dürfen, kann es besser werden

Berlins Schulpolitik verdient die Note ungenügend, der Senator kann sich setzen – aber bitte zur Ruhe

Frank Henkel verspricht: Aufräumen, wo Berlin nicht funktioniert

Berlin – ein „failing state“?

Jetzt bitte umblättern! Und lesen, wie Berlin wieder besser regiert wird

THEMENFELD	PROBLEMNUMMER (FETT: THEMENSCHWERPUNKT)	ERGÄNZUNGSPROBLEM NUMMER	EINLEITUNG SEITE
Behinderte	88, 99	e18, e11	
Bildung / Schule	27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41 , 42, 56, 57, 61, 94	e14, e16, e17, e18, e19, e20, e21, e22, e23, e28, e37, e38, e63, e67	Seite 8 und Seite 9
Extremismus	51		
Familie	19, 88 , 89, 90	e63, e64, e65, e66	Seite 8
Gesundheit	82, 83, 84, 85, 86, 87	e62, e25	Seite 7
Haushalt / Finanzen	7, 15, 20, 21, 22 , 24, 25, 27 , 52, 70, 78, 85	e6, e7, e8, e9, e23, e25, e40, e48, e53, e63	Seite 6 und Seite 7
Hochschulen / Universitäten	4, 15, 18, 19, 42, 43 , 61, 62	e22, e23, e24, e25, e26, e27, e58	
Innere Sicherheit / Polizei	33, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50 , 51, 52, 53 , 54, 55, 59, 74, 90	e29, e30, e31, e32, e33, e34, e35, e36, e39	Seite 5
Integration	17, 40, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62	e20, e21, e26, e37, e38, e39, e40, e41	Seite 5
Jugend	48, 49, 89, 90, 91, 92 , 94	e34, e35, e65	
Justiz / Strafvollzug	54, 55 , 59, 90	e33, e34	Seite 5
Kultur	9 , 10, 93, 95, 96, 97, 98	e59, e67, e68, e69, e70, e71, e73	
Natur / Umwelt	1, 3, 6, 8, 73	e48, e49, e56, e61	Seite 8
Senioren	10, 19, 77		
Soziales	16 , 17, 19, 27, 56, 75, 82, 87, 88, 89 , 90	e5, e6, e18, e38, e50, e52, e64, e65, e66,	Seite 6 und Seite 8
Sport	99, 100	e74, e75, e76	
Stadtentwicklung	1, 2, 5 , 6, 7, 10, 15, 30, 57, 63 , 64, 65, 66, 68, 70, 72, 73, 74, 75 , 76, 77, 78, 79, 80, 81 , 88, 93 , 96, 97	e1, e2, e8, e42, e48, e49, e50, e51, e54, e55, e56, e57, e58, e59, e60, e61, e68, e69, e76	Seite 6
Verkehr	1 , 2, 8, 15, 23, 24 , 50, 64, 65, 66, 67, 68, 69 , 70, 71 , 78	e10, e36, e43, e44, e45, e46, e47, e54, e55	Seite 7
Verwaltung / Öffentlicher Dienst	3, 4, 9, 12, 14 , 15, 20, 25, 26 , 53, 63, 68, 88	e9, e11, e12, e13, e14, e15, e16, e41, e62, e75	Seite 7
Wirtschaft	1, 2, 3, 4 , 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13 , 14, 15 , 16, 17, 18, 19 , 36, 41, 56, 61, 62, 88, 95, 98	e2, e3, e4, e5, e6, e27, e28, e38, e72, e75	Seite 6 und Seite 7
Wissenschaft / Forschung	4, 6, 9, 11, 42, 85	e4, e23, e24, e25, e27	
Wohnen	52, 75, 76 , 77, 78, 79, 88	e48, e50, e51, e52, e53	Seite 8
	100 Probleme	76 Ergänzungsprobleme	

NUMMER	PROBLEM	SEITE
1	Ohne A100 kein guter Anschluss für Nord- und Ostberlin	17
2	BBI als Wirtschaftsfaktor vernachlässigt	17
3	Kreativität braucht eine Basis - Berlin braucht die Industrie	18
4	Chancen der Software-Branche ohne Beachtung	19
5	Tempelhof - Beliebtheit statt Visionen für die „Mutter aller Flughäfen“	19
6	Déjà-vu Tempelhof? Tegels Zukunft jetzt planen!	20
7	Berlin hat enormen Investitionsbedarf, aber kein Geld. Es fehlen Öffentlich-Private Partnerschaften	20
8	Berlin darf den Anschluss in der Elektromobilität nicht verlieren	21
e1	Berlin als Kongressstandort vor der Krise. Zukunft des ICC jetzt sichern.	21
9	Die Kultur- und Kreativwirtschaft braucht zusätzlichen Schwung	22
e2	In Berlin gibt es kein kostenloses W-Lan-Netz	22
10	Der Tourismus braucht neue Impulse, wenn er weiter wachsen soll	23
11	Berlins Wirtschaft wächst - aber weder ausreichend noch nachhaltig	23
12	Investoren erhalten zu wenig Unterstützung vom Senat	24
e3	Berlin nutzt seine internationale Ausstrahlung nicht	24
13	Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft	25
14	Die Verwaltung ist nicht wirtschaftsfreundlich genug	25
e4	Kleine und mittlere Unternehmen sind schlecht mit der Berliner Wissenschaft verbunden	25
15	Intelligente Technik für die Zukunft der Städte - Berlin kein Vorreiter	26
16	Berlin auf dem Spitzenplatz - bei der Arbeitslosenquote	26
17	Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet	27
e5	1-Euro-Jobs gefährden reguläre Arbeitsplätze und frustrieren häufig die Betroffenen	27
e6	Der öffentliche Beschäftigungssektor kostet Millionen und ist kein Weg in reguläre Arbeit	27
18	Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen	28
19	Berlin ist nach wie vor für den demografischen Wandel nicht gerüstet	28
20	Berlin ist ähnlich verschuldet wie Griechenland	29
e7	Selbst in der guten Konjunktur hat der Senat nicht gespart und vorgesorgt	29
e8	Sanierungsstau wegen falschen Sparens - nämlich an Investitionen	29
21	Berlin braucht die ganze Hauptstadt - Doppelsitz kostet, nutzt aber nichts	30
22	Berliner Haushalt ohne Vorsorge für Milliardenrisiken	30
e9	Pensionslasten	30
23	S-Bahn-Krise und kein Ende	31
24	Überschuldete BVG mit starken Mängeln	31
e10	Neue Züge braucht die S-Bahn	31
25	Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht	32
e11	Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide	33
e12	Berliner Verwaltungen arbeiten manchmal gegeneinander statt miteinander	33
e13	Doppelzuständigkeiten erzeugen hohe Reibungsverluste und lange Bearbeitungszeiten	33
26	Öffentlicher Dienst: Personal ohne Perspektive	34
e14	Berliner Verwaltung - zu wenig Aus- zubildende und noch weniger Übernahmen	34
27	Über 10 Milliarden Euro Transferausgaben im Berliner Haushalt sind unverhältnismäßig hoch	35
e15	Unbekannt und dennoch überfordert: die einheitliche 115-Nummer für die Verwaltung	35
28	Und täglich grüßt der Unterrichtsausfall	36
29	Frustrierte Lehrer	36

NUMMER	PROBLEM	SEITE
e16	Schulleiter mutieren zu Verwaltungsbeamten	36
e17	Lehrermangel? Bitte warten!	36
30	Sanierungsstau an Berliner Schulen	37
31	35-Stunden-Woche für Schüler? Schön wär's!	37
32	Leistungsdruck schon in der 3. Klasse	37
e18	Behinderte Schüler werden allein gelassen	37
33	Gegen Mobbing hilft keine statistische Schönfärberei	38
34	Schülerlotterie: Niete statt Gewinn	38
e19	Geschwisterregelung? Fehlanzeige	38
35	Benachteiligung des Gymnasiums	39
36	Sekundarschulen ohne Profil	39
37	Etikettenschwindel bei den Ganztagsgrundschulen	39
38	Schulen in freier Trägerschaft werden finanziell benachteiligt	40
39	JüL-Zwang macht 14 Prozent der Zweitklässler zu Sitzenbleibern	40
e20	Ein Teil der Zuwanderer besitzt nur geringe oder gar keine deutschen Sprachkenntnisse	40
40	Sprachdefizite bei der Einschulung	41
41	Jeder zehnte Berliner Schüler ohne Abschluss!	41
e21	1/3 aller Berliner Drittklässler beim Leseverständnis unter Mindeststandards	41
e22	Studieren in Berlin - für Berliner Abiturienten fast unerreichbar	41
42	Ansturm auf die Hochschulen – Berliner Schüler benachteiligt	42
e23	„Orchideenfächer“ werden ignoriert	42
43	Studienreform ohne mehr Studienfreiheit	43
e24	Kooperationen universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vom Senat ungenügend gefördert	43
e25	Charité investiert nicht einmal 4 Prozent vom Umsatz, das ist weit weniger als die Hälfte der Konkurrenz	44
e26	Kein Schwerpunkt Islamwissenschaften an Berliner Universitäten	44
e27	Berlin fehlen junge Akademiker	45
e28	Schule und Wirtschaft - kaum Verbindung	45
44	Die Berliner Polizei wird kaputt gespart	46
45	Zunehmende Gewalt und Brutalität	46
e29	Gewalt gegenüber sexuellen Minderheiten weiter auf hohem Niveau	46
e30	Die Offenlegung der Identität von Polizisten greift in die Privatsphäre ein	46
46	Berliner fühlen sich nicht mehr sicher	47
47	Drogenhandel in aller Öffentlichkeit	47
e31	Wartezeit beim Notruf 110 und 112	47
e32	Neues Arbeitszeitmodell geht auf Kosten der Polizei und der Bürger	47
e33	Unterbringung rückfallgefährdeter Gewaltverbrecher	47
48	Jugendliche Straftäter	48
49	Straffällige Jugendliche halten Behörden zum Narren	48
e34	Jugendliche begehen kriminelle Handlungen selbst unter staatlicher Aufsicht	48
e35	Dealer geben sich als Kinder aus	48
50	Zunehmende Attacken auf Polizisten, Rettungskräfte und Busfahrer	49
51	Brennende Autos, Randalen und extremistische Gewalt	49
52	Brandstiftungen in Wohnhäusern	49
e36	Kurze Speicherfrist bei Videoüberwachung behindert die Strafverfolgung	49

NUMMER	PROBLEM	SEITE
53	200.000 Menschen nur zum Schein angemeldet	50
54	Überlange Gerichtsverfahren	50
55	Strafvollzug mit Handy und Drogen	50
56	30 Prozent der Zuwanderer sind arbeitslos, zu viele von staatlichen Leistungen abhängig	51
e37	Fast ein Fünftel der Berliner mit Migrationshintergrund hat keinen Schulabschluss	51
57	Ein Teil der Zuwanderer schottet sich ab, es entstehen „Parallelgesellschaften“	52
e38	Zu viel Zuwanderung in die Sozialsysteme – zu wenig qualifizierte Zuwanderer	52
58	Die Sorgen und Ängste der Einheimischen werden in der Integrationsdebatte oftmals nicht hinreichend berücksichtigt	53
e39	Ein Teil der Zuwanderer will sich nicht in Deutschland integrieren und akzeptiert unsere Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht	53
59	Migranten dominieren die Kriminalitätsstatistiken	54
e40	Integrationspolitik - trotz hoher Kosten geringe Wirkung und mangelnde Nachhaltigkeit	54
60	Die Integrationsleistung vieler Zuwanderer wird nicht anerkannt	55
61	Migrantische Eliten wandern aus	56
62	Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt	57
e41	Zuwanderer sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert	57
63	Bürgerbeteiligung – spät, bürokratisch und langsam	58
64	Viele Ortskerne ersticken im Durchgangsverkehr	58
65	Berlins Innenstadt für Straßenverkehr laufend blockiert	58
66	Gerade in zentral gelegenen Gebieten gibt es zu wenige Parkplätze	58
67	LKW verstopfen Stadtautobahn A100	59
68	Baustellenchaos	59
e42	Rund um den Hauptbahnhof: Willkommen in der Tristesse	59
e43	Taxichaos am Hauptbahnhof und Flughafen Schönefeld	59
69	Tempo 30 als Autofahrerschikane	60
70	Berlins öffentliche Infrastruktur verfällt, doch der Senat kürzt die Mittel	60
e44	Schilderwald verwirrt Verkehrsteilnehmer	60
e45	Radfahren in Berlin gefährlicher als in Polen	60
71	U- und S-Bahn-Netz bildet nicht die Verkehrsströme ab	61
72	Der nächste Winter kommt bestimmt, Berlin ist immer noch nicht vorbereitet	61
e46	„Bahnhof Zoo“: Kein Anschluss	61
e47	Seriöse Taxibetriebe schützen - gegen Schwarzarbeit und Steuerbetrug	61
e48	Ungeklärte Klimaschutzbedingungen belasten Investoren und Bürger	61
73	Energieversorgung zu unflexibel und daher teuer und unökologisch	62
74	Seit 2006 hat sich die Zahl der Spielhallen verdoppelt	62
75	Gentrifizierung	62
e49	Schlusslicht bei Solarstromerzeugung	62
76	Preisexplosion bei Neuvermietungen	63
e50	Sozialwohnungen sind zu teuer	63
e51	Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen belastet Nachbarn	63
e52	Die „zweite Miete“ wird unbezahlbar	63
e53	Keine Wasser-Preissenkungen	63
77	Wohnungsnot im Alter	64
78	Abzocke durch Straßenausbaubeitragsgesetz	64
79	BBi-Flugroutenchaos verunsichert Bürger	64

NUMMER	PROBLEM	SEITE
80	Straßenzüge in der Abwärtsspirale	65
81	Verwahrlosung von Plätzen	65
e54	Unbefriedigende Lärmschutzmaßnahmen in Lichtenrade	65
e55	Zunehmender Bahnlärm entlang der Stettiner Bahn	65
e56	Berlin wird grau	66
e57	Hundehaufen und kein Ende	66
e58	TU und UdK-Gelände sind durch Zäune und Straßen zerschnitten	66
e59	Dem Kulturforum fehlt die Einbindung in die Stadt	66
e60	Ödnis am Alex	66
e61	Immer mehr Kleingärten werden aus der Stadt verdrängt	66
82	Wohnortnahe ärztliche Versorgung gefährdet	67
83	Lange Wartezeiten auf Arzttermine	67
84	Rettungsstellen überfüllt	67
85	Zwei städtische Krankenhausunternehmen machen sich gegenseitig Konkurrenz	68
86	Multiresistente Krankenhauskeime	68
87	Arm bleibt krank	69
e62	Verbraucherschutz – Skandale in Pflegeheimen, Gaststätten und anderen Einrichtungen ohne echte Konsequenzen	69
88	Berlin ist von einer familienfreundlichen Metropole noch weit entfernt	70
e63	Beitragsfreie Kita darf nicht zum Alibi für die fehlende Kita-Qualität werden	70
89	Berlin ist die Hauptstadt der Kinder- und Familienarmut	71
e64	Familien mit geringem Einkommen werden benachteiligt	71
90	Hilfen zur Erziehung kommen zu spät - Prävention mangelhaft	72
e65	Familien werden in Krisensituationen allein gelassen	72
91	Jugendfreizeitpolitik ist zum Fremdwort geworden	73
92	Ehrenamtliches Engagement junger Menschen wird nicht angemessen gewürdigt	73
e66	Kinderschutz ist ein rot-roter Papiertiger geblieben	73
93	Checkpoint Charlie - Disneyland statt Mahnmal des Kalten Kriegs und der Teilung	74
94	Berliner Schüler lernen fast nichts über das Unrechtssystem der DDR und die deutsche Teilung	74
e67	Berlin ist Kulturhauptstadt, aber Wandertage enden oft in Fastfood-Restaurants	74
95	Vielfalt der Berliner Musik- und Clubszene bedroht	75
96	Zentralbibliothek und Amerika-Gedenkbibliothek verfallen	75
97	Humboldt-Forum gefährdet	75
98	Filmstadt Berlin verspielt ihren Vorsprung	76
e68	Die Bauakademie Schinkels – eine mit Plastik überdeckte Brache	76
e69	Jagdschloss Glienicke wird erneut verunstaltet	76
e70	Berlin hat keine Kunsthalle	77
e71	Berlins Kultur - nicht nur für Touristen	77
e72	.berlin immer noch nicht gesichert	77
e73	Die Stiftung Oper in Berlin nach wie vor schwach	77
99	Der Behindertensport wird vernachlässigt	78
100	Hallenbäder zu lange geschlossen	78
e74	Schwimmbäder geschlossen	79
e75	Bürokratenmarathon vor Sportveranstaltungen	79
e76	Keine Weiterentwicklung des Olympiageländes	79

100 PROBLEME 100 LÖSUNGEN

1

Ohne A100 kein guter Anschluss für Nord- und Ostberlin

Ohne Verlängerung der A100 sind der Flughafen BBI und der Innovationsstandort Adlershof weiter schlecht an Berlins Mitte und Norden angebunden, Neukölln und Treptow-Köpenick leiden weiter unter Unfallgefahren, Lärm und Dreck von 650.000 Fahrzeugen täglich und Berlin verliert 420 Millionen Euro Bundesmittel.

Lösung: Die Stadtautobahn A 100 wird auch als aktive Umweltschutzmaßnahme vom Autobahndreieck Neukölln bis zur Straße Am Treptower Park (B 96 a) verlängert (BA 16). Zudem muss die Verbindung bis zur Frankfurter Allee sichergestellt werden (Bauabschnitt 17). Ein Bürgerentscheid über beide Bauabschnitte schafft die notwendige Klarheit und Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Finanzierung von Bauabschnitt 16 in Höhe von über 400 Millionen Euro ist bereits durch den Bund sichergestellt. Wir setzen uns dafür ein, dass auch die Finanzierung von Bauabschnitt 17 gewährleistet wird. Wir werden ferner dafür sorgen, dass ähnlich wie bei der A 113 längs dem A100-Trog großzügige Wegeanlagen für den Fuß- und den Radverkehr geschaffen und naturnahe Wiesen mit großem Artenreichtum angelegt werden. Für die Verlängerung der A100 gibt es gute Gründe: Mit dem Weiterbau der A100 sind der neue Flughafen BBI sowie der Innovationsstandort Adlershof endlich besser an Berlins Mitte und Norden angebunden. Bereits Bauabschnitt 16 entlastet Neukölln und Treptow-Köpenick von starkem Durchgangsverkehr und bindet rund 3000 Unternehmen besser an. Für die Anbindung bis an die Spree müssen keine Wohngebiete weichen, die Strecke verläuft überwiegend durch Gewerbegebiete, zudem wird in Tunneln und in sogenannter Troglage, also vertieft, gebaut, um den Lärmschutz zu optimieren.

Bürgerentscheid schafft Klarheit und Akzeptanz

Neukölln und Treptow-Köpenick werden vom Durchgangsverkehr entlastet

2

BBI als Wirtschaftsfaktor vernachlässigt

Der neue Großflughafen Berlin Brandenburg International ist ein Gewinn für unsere Stadt. Berlin ist schon jetzt eines der beliebtesten Reiseziele Europas, künftig sind wir aus aller Welt noch besser zu erreichen. Für unsere Wirtschaft sind kurze Wege auf weltweite Märkte wichtig, insbesondere für die Wachstumsindustrien, die die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen. Aber mit dem Bau des Flughafens ist es nicht getan.

Lösung: Der neue Flughafen BBI muss ein internationaler Großflughafen mit Umsteigeverbindungen in alle Welt werden und er muss optimal an die Stadt und die Region angebunden sein. Air Berlin wird BBI auch als Umsteigeflughafen nutzen, wir müssen dafür werben, dass noch weitere Fluggesellschaften folgen, wie etwa Lufthansa, die dies bereits prüft. Die Verlängerung der A100 ist ein zentraler Bestandteil der Anbindung von BBI. Der öffentliche Personennahverkehr muss sowohl die Anbindung an das ÖPNV-Netz als auch direkte und kurz getaktete Verbindungen in die Innenstadt anbieten. Hier ist besonders die S-Bahn gefordert. Die mögliche Verlängerung der U7 bis an den neuen Flughafen darf nicht durch andere Baumaßnahmen erschwert oder verhindert werden. Im Fernverkehr muss eine gute Anbindung, auch nach Polen, sichergestellt werden. Bei der Entwicklung des Flughafens BBI muss jedoch der Vertrauensschutz gewahrt werden (siehe dazu auch „BBI-Flugroutenchaos verunsichert Bürger“, Problem Nr. 79). Der versprochene Lärmschutz, insbesondere für die Hauptbetroffenen in Bohnsdorf und Umgebung, muss sichergestellt werden.

Der Flughafen kommt, seine Anbindung aber ist zu schlecht

Masterplan Industrie bleibt ohne Budget und Personal vor allem Show

Berlin braucht Produktentwicklung und Produktion

3

Kreativität braucht eine Basis - Berlin braucht die Industrie

Berlin ist kreativ und dynamisch. Um das langfristig zu bleiben, braucht unsere Stadt eine solide ökonomische Basis. Für eine ausgewogene Wirtschaft ist die Industrie unabdingbar, doch In den letzten 20 Jahren hat Berlin seine Bedeutung als Standort des verarbeitenden Gewerbes und über 200.000 sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze verloren. Rot-Rot hat mit seiner unausgewogenen Wirtschaftspolitik und der einseitigen Konzentration auf wenige Wirtschaftssektoren zu diesem Problem beigetragen. Der neu vorgestellte „Masterplan Industrie“ ist reine Show, weil er weder ein entsprechendes Budget noch personelle Strukturen in der Verwaltung vorsieht.

Lösung: Seit der industriellen Revolution war Berlin ein bedeutender Industriestandort. Diese Bedeutung hat unsere Stadt in den letzten 20 Jahren verloren. Die einseitige Konzentration auf Tourismus und Kreativwirtschaft durch Rot-Rot war ein Fehler. Wir wollen, dass die Berliner Wirtschaft ausgewogen und nachhaltig wächst und gute Arbeitsplätze entstehen. Dafür brauchen wir eine gesunde verarbeitende Industrie. Diese muss durch Neuansiedlungen, vor allem aber durch Wachstum bestehender und Neugründungen von Unternehmen gestärkt werden. Ein Schwerpunkt wird dabei der Bereich Green Economy sein, dort hat die Region Berlin-Brandenburg bereits eine gute industrielle Basis. Diese wollen wir fördern. Die Cluster- und Kompetenzfeldstrategie des Senats werden wir dahin gehend überprüfen und verbessern. Wir wollen Wirtschaft und Wissenschaft enger verzahnen. In Berlin wird überdurchschnittlich viel Geld für Forschung und Entwicklung ausgegeben, gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben wir eine der höchsten Quoten deutschlandweit, aber Produktentwicklung und Produktion passieren oft woanders. Das wollen wir ändern. Wir wollen die Kooperation von Wirtschaft und Wissenschaft fördern, Technologietransfers und Ausgründungsinitiativen unterstützen. Auch auf Verwaltungsebene werden wir etwas tun: Eine Zusammenlegung der für Wirtschaft und Wissenschaft zuständigen Abteilungen bestehender Senatsverwaltungen, das heißt, die Integration der Abteilungen Hochschulen und Forschung mit der Wirtschaftsbehörde, wollen wir prüfen. Um Berlin national und international wieder als Industriestadt, in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Produktion, bekannt zu machen wollen wir die Etablierung eines Industrieinnovationsgipfels, veranstaltet durch die Messe Berlin.

4

Chancen der Software-Branche ohne Beachtung

Kaum eine Branche hat so viel Wachstum vor sich wie die IT- und Softwareindustrie. In Berlin gibt es nicht nur viele Forschungsinstitute und Fakultäten, sondern auch zahlreiche kleine Unternehmen, zudem entsprechende Einheiten großer Konzerne, wie die Deutsche Telekom Laboratories oder das von Google geplante Zukunftsinstitut. Aber Berlin tut wenig zur Entwicklung dieser Branche.

Lösung: Die IT- und Internetindustrie ist die kulturelle Grundlagenindustrie des 21. Jahrhunderts. In Berlin arbeiten bereits knapp 30.000 Menschen in der IT-Branche, aber es könnten weit mehr sein. Trotz vieler erfolgreicher Unternehmen fehlen Berlin Marktführer. Die IT-Industrie muss strategisch entwickelt werden. Dazu brauchen wir auch ein Referenzprojekt. Um den Ernst-Reuter-Platz befinden sich die Technische Universität, die Universität der Künste, Deutsche Telekom Laboratories und eine Reihe von Unternehmen. Wir müssen dieses Areal zur IT-City ausbauen. Dazu gehört vor allem eine geeignete Technologieinfrastruktur, insbesondere Hochgeschwindigkeitsdatenverbindungen, aber auch eine entsprechende stadtplanerische Gestaltung. Zudem muss den Unternehmen der Zugang zu Wachstumskapital erleichtert werden (siehe dazu auch „Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft“, Problem Nr. 13). In der Verwaltung fehlt der IT-Branche ein hochrangiger Ansprechpartner. Das wollen wir ändern. Zudem muss die Berliner Verwaltung IT-Pionier werden und durch ihre Auftragsvergabe die IT-Branche stärken. Auch durch die in Berlin ansässigen Bundesbehörden bieten sich hier Chancen, denn die Verwaltung ist weltweit der zweitgrößte Nachfrager von Software.

IT City um den Ernst-Reuter-Platz

Hochgeschwindigkeitsnetz für Berlin

5

Tempelhof - Beliebigkeit statt Visionen für die „Mutter aller Flughäfen“

In Tempelhof bietet sich auf einer Fläche doppelt so groß wie Monaco eine einmalige Chance für die Zukunft unserer Stadt. Doch nach jahrelangem Nichtstun verfolgt der Senat nun eine Strategie der Beliebigkeit und ignoriert die historische, architektonische und stadtplanerische Bedeutung des ehemaligen Flughafens. Diese Planlosigkeit kostet uns Millionen: Die aktuellen Zwischennutzungen des Flughafengebäudes und die sogenannten Pioniernutzungen sind unrentabel. Der Unterhalt des Geländes kostet über 100.000 Euro täglich. Die Entwicklung wird noch teurer, allein die infrastrukturelle Erschließung des ersten Bauabschnitts soll nach Angaben der zuständigen Entwicklungsgesellschaft bis zu 250 Millionen Euro kosten. Zudem ist Kompetenzchaos in Tempelhof vorprogrammiert. Statt die Verantwortlichkeiten zu bündeln, sind für die Entwicklung gleich mehrere Senatsverwaltungen und Bezirksämter sowie eine Reihe von privatrechtlichen Gesellschaften zuständig.

Lösung: Zur Planung der Nachnutzung von Tempelhof brauchen wir einen internationalen öffentlichen Wettbewerb statt zufälligem und beliebigem Klein-Klein. Dabei muss die langfristige Nutzung große Freiflächen erhalten sowie das vorhandene städtische Umfeld und Bestandsflächen berücksichtigen. Bis dahin dürfen überbeuerte Teilprojekte, die einer späteren ganzheitlichen Nutzung im Wege stehen - etwa ein sinnloser Neubau der Zentral- und Landesbibliothek - nicht ausgeführt werden. Die Zwischennutzungen müssen intensiviert werden, dazu soll der Betrieb durch die Messe Berlin GmbH ergebnisoff

Ökologischer Forschung-
und Industriepark TXXL und
Freizeitflächen

6

Déjà-vu Tempelhof? Tegels Zukunft jetzt planen!

Mit der Inbetriebnahme von BBI wird der Flughafen Tegel 2012 endgültig geschlossen. Auf dem Gelände könnten innovative Arbeitsplätze in Produktion, Forschung und Wissenschaft entstehen. Es ist höchste Zeit, die Nachnutzung zu planen.

Lösung: Die CDU hat bereits 2009 ein Konzept für einen ökologischen Energie- und Industriepark TXXL vorgelegt. Ziel der Entwicklung des Geländes muss es sein, Industriearbeitsplätze zu schaffen und Berlin als Forschungs- und Entwicklungsstandort zu stärken. Das Konzept sieht die Ansiedlung von Solarherstellern, Forschungseinrichtungen und ökologisch-energieeffizienter industrieller Produktion vor. Die Nachnutzung des Terminalgebäudes könnte durch Unternehmen, Organisationen oder Forschungseinrichtungen aus den Bereichen Umwelt oder Gesundheit erfolgen. Zur Entwicklung von TXXL wird eine Ansiedlungsagentur gegründet, in der Repräsentanten aus Bund, Senat, den Bezirken Reinickendorf und Spandau, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und von Berlin Partner vertreten sind. An den Rändern des Parks ist die Anlegung von begrünten Freizeitflächen für die Nutzer des Parks und angrenzende Wohngebiete vorgesehen.

7

Berlin hat enormen Investitionsbedarf, aber kein Geld. Es fehlen Öffentlich-Private Partnerschaften

Berlin hat aufgrund der desolaten Finanzlage kaum Investitionsmittel, aber enormen Investitionsbedarf, etwa für die Nachnutzung von Tempelhof und Tegel, die Entwicklung zentraler Stadtgebiete, die Aufwertung von Stadtquartieren oder die Sanierung von öffentlichen Gebäuden. Öffentlich-Private Partnerschaften könnten hier helfen, werden aber nur ungenügend genutzt.

Lösung: Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) können die Wirtschaftlichkeit von Investitionsprojekten erhöhen und den öffentlichen Haushalt signifikant entlasten. Gerade für Berlin bieten sie angesichts der desolaten Finanzlage eine große Chance auf Entwicklung ohne ein weiteres Abrutschen in die Schuldenfalle. ÖPP können dabei sehr unterschiedliche Gestalt annehmen. Im Bereich Stadtentwicklung hat Berlin nach wie vor enormen Investitionsbedarf. Wir schlagen Entwicklungswettbewerbe vor, an denen Stadtplaner und Architekten in Verbindung mit Immobilienentwicklern und Investoren teilnehmen, welche die Finanzierung gewährleisten. Anwendbar wären diese Verfahren etwa für die Entwicklung des zentralen Innenstadtareals in Mitte nördlich der Rathausstraße. Die Anwendbarkeit für die Entwicklung auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof wollen wir prüfen. Im Bereich Sanierung öffentlicher Gebäude, besonders bei Schulen, wollen wir die Machbarkeit von ÖPP überprüfen. Auch die Kunsthalle könnte auf diese Weise entstehen (siehe dazu auch „Berlin hat keine Kunsthalle“, Ergänzung Nr. e70). Weiterhin sprechen wir uns für die Einführung sogenannter Standortgemeinschaften aus, in denen Grundeigentümer und Gewerbetreibende eines Quartiers verpflichtet werden, gemeinsam für die Verbesserung des Umfeldes aufzukommen.

Entwicklungswettbewerbe,
die Stadtplanung und
Finanzierung vereinen

8

Berlin darf den Anschluss in der Elektromobilität nicht verlieren

Der Trend zur Elektromobilität ist unumkehrbar, viele Hybridmodelle sind bereits marktreif, reine Elektrofahrzeuge werden in den nächsten Jahren folgen. In Deutschland sollen bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße. Weltweit sind Metropolen die Vorreiter in der Elektromobilität. Rot-Rot hat auf diese Entwicklungen viel zu spät reagiert und erst im Frühjahr 2011 ein vages Konzept vorgelegt, das weder konkrete Ziele vorgibt noch arbeitsfähige Strukturen zur Umsetzung vorsieht. Um die Unterstützung der Automobilindustrie, selbst die der in Berlin ansässigen Unternehmen, hat sich Rot-Rot ebenfalls nicht gekümmert. So wird Berlin nicht zur internationalen Modellstadt für E-mobility.

Lösung: Die CDU hat bereits 2010 das Konzept „etropolis“ vorgelegt. Damit machen wir Berlin zur Modellstadt in der Elektromobilität. Berlin profitiert dadurch dreifach: wir entlasten die Umwelt, stärken unsere Stadt als Wirtschafts- und Forschungsstandort und tragen dazu bei, dass zukunftsfähige Arbeitsplätze entstehen. Berlin ist aufgrund seiner Geografie sowie bestehender Unternehmens- und Forschungsstrukturen, gerade in den zentralen Bereichen Elektromotoren und Batterien, als Modellstadt und Produktionsstandort prädestiniert. Zudem könnten sich über 60 Prozent aller Berliner den Kauf eines Elektrofahrzeugs vorstellen. Wir schlagen einen Ansatz vor, der Senat, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbraucher zusammenbringt. Dafür wollen wir die Strategie der nationalen Plattform Elektromobilität auf Berliner Ebene adaptieren. Kleinteilige Feldversuche sind bislang erfolglos. Der Aufbau der nötigen Infrastruktur muss großflächig erfolgen. Um die Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu befördern, soll der Senat noch 2011 eine Bestellung von 20.000 Elektroautos koordinieren, die 2013 bis 2014 an öffentliche und privatwirtschaftliche Abnehmer geliefert werden. Die private Nachfrage wollen wir zusätzlich durch ordnungspolitische Anreize unterstützen. Für Elektroautos wären in diesem Zusammenhang etwa die freie Benutzung der Busspur oder parkscheinfreies Parken denkbar. So könnten voraussichtlich weitere 10.000 Fahrzeuge auf die Straße kommen. Wir sehen eine deutlich verstärkte Nutzung der Pedelecs – gerade durch ältere Mitbürger – voraus. Dies wird breitere Radverkehrsanlagen und neuartige Ladestationen speziell für E-Fahrräder nötig machen.

Nur die CDU hat

Vernetzung,
Kompetenzbündelung,
Wachstumskapital;
für die Kreativwerkstatt
bleibt viel zu tun

9

Die Kultur- und Kreativwirtschaft braucht zusätzlichen Schwung

Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten eine wichtige Säule der Berliner Wirtschaft und trägt zudem erheblich dazu bei, dass Berlin eine der Kreativstädte weltweit ist. Doch das muss nichts so bleiben. Wie etwa die Verlegung des Art Directors Club Festivals nach Frankfurt a.M. zeigt, muss Berlin strategisch handeln, um weiterhin für Kreative und Unternehmen aus der Branche attraktiv zu bleiben. Auch muss das Wachstum bestehender Unternehmen besser unterstützt werden. Zwar gibt es dafür eine Vielzahl an Fördermaßnahmen, doch sind diese etwa der Hälfte aller Unternehmen der Branche unbekannt. Zudem sind viele Unternehmen mit den bestehenden Maßnahmen nicht zufrieden.

Lösung: Die Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) ist eine wunderbare Bereicherung für unsere Stadt, eine segensreiche Inspirationsquelle für alle Branchen und wesentliches Element der Anziehungskraft Berlins. Sie erhält daher zu Recht Aufmerksamkeit. Wir müssen sie jedoch noch besser unterstützen, wenn dies so bleiben soll und wir weitere Potenziale wecken wollen. Auf der Ebene der Verwaltung wollen wir die Kompetenzen bündeln, die jetzt auf Senatskanzlei, Wirtschaftssenator, Kultursenator und Bildungssenator verteilt sind. Die Verbindung zu anderen Wirtschaftsbereichen wollen wir stärken. Insbesondere im Zusammenspiel von Industrie und Handwerk mit der KKW bieten sich Wachstumschancen, die wir durch intelligente Vernetzung befördern wollen. Auch die Verbindung der Branche zu den Hochschulen muss gefördert werden. Es gibt in Berlin eine Vielzahl der KKW naher Hochschulstudiengänge, jedoch keine systematische Vernetzung. Die Wirtschaftsförderung muss sich der Branche anpassen. Das bedeutet vor allem Zugang zu kleinteiliger finanzieller Förderung sowie zu Wachstumskapitalgebern (siehe dazu auch „Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft“, Problem Nr. 13). In manchen Bereichen ist die KKW in Berlin nur mittelmäßig aufgestellt, obwohl Berlin ihr natürlicher Standort sein sollte. Dazu gehören Teile der Medienbranche, besonders im Verlagswesen, und in der Film- und TV-Branche (siehe dazu auch „Filmstadt Berlin verspielt ihren Vorsprung“, Problem Nr. 98). Auch der Softwareindustrie, besonders dem Bereich Spiele, fehlen trotz einer Menge innovativer junger Unternehmen noch Branchenschwergewichte. Die strategische Ausrichtung der Branchenförderung muss dies berücksichtigen und beheben helfen.

e2

In Berlin gibt es kein kostenloses W-Lan-Netz

In vielen großen Städten der Welt, wie etwa in Philadelphia, Toronto, Bangkok, Honolulu und in den Parks von Paris, ist es möglich, kabellos und kostenlos das Internet zu nutzen. London will es bis zu den Olympischen Spielen 2012 schaffen, kostenloses W-Lan in der ganzen Stadt anzubieten. Als Kreativstadt mit vielen Selbstständigen wäre ein öffentliches W-Lan-Netz für Berlin ein echter Standortfaktor, doch der rot-rote Senat hat das Projekt aufgegeben. Dabei hatte sich bereits ein Investor gefunden. Der Senat behauptet, dass die Funksender unsere Ampeln stören. Eine Lösung für das Ampel-Problem oder ein anderer Weg wurden nicht gesucht.

Lösung: Kostenlos ins Internet? Das passt zu Berlin. Unsere Stadt ist jung, kreativ und dynamisch. Die Berliner sind gerne online und die Stadt entwickelt sich als anziehender Medienstandort. Um das W-Lan-Ziel (im Englischen „municipal wireless network“ genannt) durchzusetzen, sollte man es erst einmal nicht so pessimistisch sehen. In Philadelphia und Bangkok sind schließlich auch nicht alle Ampeln ausgefallen. Sicherlich braucht es einige Anstrengungen und kostet Geld. Es muss auch aufgepasst werden, dass nicht zu viele Funkmasten unser Stadtbild kaputt machen. Die CDU ist bereit, die Herausforderung anzunehmen und verspricht ein freies W-Lan-Netz bis Ende 2012.

10

Der Tourismus braucht neue Impulse, wenn er weiter wachsen soll

Die gute Entwicklung bei den Gästezahlen in Berlin wird nicht von allein weitergehen. Wir brauchen weitere Motoren, gerade wenn wir nachhaltig neue Besucher gewinnen wollen.

Lösung: Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber unserer Wirtschaft, aber das muss nicht so bleiben. Wir müssen etwas dafür tun. Eine besondere Chance bieten die noch nicht reifen Märkte in Osteuropa und Asien. In Asien betreibt Berlin bislang nur minimales Tourismusmarketing und wenige Alibi-Projekte. Wir brauchen eine Asienoffensive mit mehr Flugverbindungen nach BBI, entsprechenden Informationsangeboten in asiatischen Sprachen und einer geeigneten Marketingstrategie. Auch die demografische Ausrichtung des Tourismusmarketing muss überprüft werden. Berlin ist als Deutschlands Kulturhauptstadt prädestiniert als Ziel für ältere Reisende, doch sind gerade einmal 10 Prozent der Besucher Berlins älter als 60 Jahre. Insbesondere sind in den Innenstadtbezirken die Voraussetzungen für einen attraktiven, sanften Tourismus zu fördern: Ein gut ausgebautes Netz der kurzen Fuß-Wege, deutlich erkennbare, mit großen Lettern versehene Wegweiser, ausgewiesene Lärm-Ruheinseln, Ruhebänke in strategisch günstiger Position usw.

Zukunftsmächte erschließen,
z.B. Ältere und Asiaten

11

Berlins Wirtschaft wächst - aber weder ausreichend noch nachhaltig

Für jede Branche soll nur eine Senatsverwaltung zuständig sein

12

Investoren erhalten zu wenig Unterstützung vom Senat

Um Berlins Wirtschaft wieder auf eine solide Basis zu stellen und die Arbeitslosigkeit dauerhaft und signifikant zu senken, brauchen wir eine Ansiedlungspolitik, die Investoren willkommen heißt. Neben komplexen Strukturen und unnötiger Bürokratie steht aber vor allem der Umgang von Rot-Rot mit Investoren neuen Arbeitsplätzen im Weg. Nach Angaben der zuständigen Wirtschaftsförderungsagentur Berlin Partner gab es im Jahr 2010 63 erfolgreiche Ansiedlungsprojekte, prozentual ist der Zuwachs damit sehr gering, denn es gibt in Berlin weit über 130.000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. Die Technologiestiftung wird dieser Aufgabe auch nicht gerecht. Orientierungslos wie der Senat ist, wird laufend überlegt, sie mit Berlin Partner zu fusionieren – eine Beerdigung zweiter Klasse. Nicht einmal Investitionsgeschenke an unsere Stadt weiß der Senat ausreichend zu würdigen. Jüngstes Beispiel ist die Entscheidung des Internetkonzerns Google sein neues Zukunftsinstitut in Berlin anzusiedeln: der rot-rote Bürgermeister und sein Wirtschaftssenator hatten dafür keine Zeit.

Lösung: Wir machen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik zur Chefsache. Ansiedlungspolitik darf dabei nicht zufällig agieren, sondern muss darauf ausgerichtet sein, bereits existierende Branchen und Schwerpunktbereiche zu stärken. Wir brauchen einen roten Teppich für Investoren. Dazu gehören ein Dringlichkeitsstab Wirtschaft beim Regierenden Bürgermeister, ein Ansiedlungsstaatssekretär, Investorenlotsen, eine dienstleistungsorientierte Verwaltung der kurzen Wege, bei der Investoren als willkommene Kunden behandelt werden, und die Beseitigung des Kompetenzchaos, so dass für jede Branche nur noch eine, statt wie bisher mehrere, Senatsverwaltungen zuständig sind und Kompetenzüberschneidungen und Doppelarbeit vermieden werden. Die Technologiestiftung soll ihren ursprünglichen Zielen gemäß wieder Investoren unterstützen und Neugründungen anregen, darum muss sich eine – und nicht mehrere – Senatsverwaltung kümmern.

e3

Berlin nutzt seine internationale Ausstrahlung nicht

Berlin ist international attraktiv – eine Chance, die wirtschaftlich nicht genutzt wird.

Lösung: Berlin gehört zu den angesagtesten Städten weltweit und ist Hauptstadt der drittgrößten Wirtschaftsnation. Über 9 Millionen Besucher kamen allein 2010. Und auch bei internationalen Führungskräften gilt Berlin laut Infratest-Umfrage als besonders attraktiv – auf Platz 3 hinter New York und London. Berlin hat wirtschaftlich viel zu bieten: gut qualifizierte Arbeitskräfte, günstige Arbeitsbedingungen, preisgünstige Gewerbeflächen, eine dichte und gut funktionierende Infrastruktur, einen starken Mittelstand mit starken Potenzial, eine hochkarätige Wissenschaftslandschaft, Zukunftsbranchen als Wirtschaftsklustern. Viele Persönlichkeiten des internationalen Wirtschaftslebens haben Berlin besucht - als Student, als Tourist, als Messebesucher, als Kongressteilnehmer. Wir werden uns darum kümmern, dass sie Berlin nicht nur als pulsierende Metropole, sondern auch als möglichen Standort für ihr Unternehmen kennen lernen. Aber: Dieses Pfund muss gehoben werden, damit neben Kurzzeitbesuchern auch neue Unternehmen nach Berlin kommen, hier bleiben und die Arbeitsplätze schaffen, die dringend gebraucht werden. Zum Beispiel als Headquarter für Mittel- und Osteuropa. Es gibt keinen sachlichen Grund, warum über 300 internationale Großunternehmen ihre Europazentrale in Wien angesiedelt haben - in Berlin Fehlanzeige. Messen und Delegationsreisen Berliner Repräsentanten müssen systematisch in ein koordiniertes Netzwerk der Wirtschaftsförderung eingebunden werden. Auslandsreisen sind nicht zur Unterhaltung da, sondern müssen der Berliner Wirtschaft gezielt Türen öffnen.

Berlin muss auch wirtschaftlichpolitisch internationaler werden

13

Zu wenig politischer Rückenwind und zu wenig Wachstumskapital für unsere Wirtschaft

Damit die Berliner Wirtschaft ausgewogen und nachhaltig wächst, brauchen wir nicht nur Neuansiedlungen, vor allem bestehende Unternehmen müssen wachsen. Diese fallen jedoch oft durch das Raster der bestehenden Wirtschaftsförderung. Zudem fehlt ihnen politischer Rückenwind.

Lösung: Wir machen Wirtschaftspolitik zur Chefsache. Für uns ist es selbstverständlich, dass Berlins Senat unsere Wirtschaft von höchster Stelle und mit allen Kräften unterstützt. Mit politischer Unterstützung ist es aber nicht getan. Ohne Zugriff auf Wachstumsfinanzierung können weder kleine noch große Unternehmen wachsen. Wir wollen aber keine neuen Subventionspfünde schaffen, sondern die privatwirtschaftliche Versorgung mit Wachstumskapital stärken. Dafür wollen wir gezielt nationale und internationale Investoren für Berlin werben, die in bestehende Unternehmen und Start-ups investieren. Die derzeitige Wirtschaftsförderung, etwa durch Berlin Partner, berücksichtigt diesen Aspekt nur ungenügend.

Privates Wachstumskapital nach Berlin

14

Die Verwaltung ist nicht wirtschaftsfreundlich genug

Wirtschaftlich gesunde Länder wie Bayern und Baden-Württemberg gründen ihren Erfolg nicht zuletzt auf einen leistungsfähigen, berechenbaren und zuverlässigen Öffentlichen Dienst, der sich als Partner der Bürger und der lokalen Wirtschaft sieht. Eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung mit kurzen Bearbeitungszeiten und rechtssicheren Bescheiden fehlt. In Studien zur Zufriedenheit der Wirtschaft

Technologien für Großstädte (Urban Technologies) nach Berlin holen – Einkaufsgemeinschaften können helfen

15

Intelligente Technik für die Zukunft der Städte - Berlin kein Vorreiter

Es gibt viele neue technologische Entwicklungen für Städte im Bereich von Sicherheit, Verkehrstechnologie und Lösungen für Verwaltungen, auch Urban Technologies genannt. Berlin nutzt dieses Potenzial nicht zur Wirtschaftsförderung. Berlin ist keine Referenzstadt für Urban Technologies, obwohl sie das sein könnte und sollte.

Lösung: Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Zentren und dieser Trend beschleunigt sich noch. Städte stehen damit vor großen Herausforderungen, aber es bieten sich auch große Chancen für die Wirtschaft. Technologien für Großstädte (Urban Technologies) werden immer wichtiger und können eine Stütze für den Standort Berlin werden. Sowohl Großunternehmen mit bestehenden Niederlassungen in Berlin, wie die Telekom oder Siemens, als auch eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen, von der Verkehrs- bis zur Informations- und Kommunikationsbranche, sind bereits in diesem Bereich tätig, aber Berlin ist kein Schwergewicht im Bereich Urban Technologies. Über Einkaufszusammenschlüsse mit anderen europäischen Städten für öffentliche Aufträge im Bereich Urban Technologies, etwa bei Verkehrs- und Verwaltungstechnik, könnte Berlin sowohl zur Pionier- und Referenzstadt werden als auch den Haushalt entlasten, da größere Aufträge die Preise senken. Zudem bieten sich große Chancen, Berlin zum Entwicklungs- und Produktionsstandort neuer Urban Technologies zu machen, indem man Hochschulen und Industrie besser vernetzt sowie die Auftragsvergabe strategisch einsetzt.

16

Berlin auf dem Spitzenplatz - bei der Arbeitslosenquote

Deutschlandweit ist die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren insgesamt erheblich zurückgegangen, in Berlin nicht. Berlin hat seit Jahren eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Bundesländer, oft belegt unsere Stadt den Spitzenplatz in der Arbeitslosenstatistik. Aktuell ist die Arbeitslosenquote hier etwa doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Besonders besorgniserregend ist, dass in Berlin mehr als Drei Viertel aller Arbeitslosen Arbeitslosengeld II („Hartz IV“) beziehen und mehr als ein Drittel langzeitarbeitslos ist. Diese Menschen finden oft aufgrund mangelnder Qualifikationen keinen Arbeitsplatz mehr. Gleichzeitig gibt es eine hohe Anzahl an freien Stellen, die nicht besetzt werden können, weil qualifizierte Personen fehlen.

Lösung: Wirtschaftswachstum ist das beste Mittel gegen Arbeitslosigkeit. Wirtschaftswachstum allein hilft jedoch nicht. Die Konjunktur hat sich deutschlandweit unter der CDU-geführten Bundesregierung positiv entwickelt, davon hat auch Berlin profitiert. Dennoch ist die Arbeitslosigkeit in Berlin in weitaus geringerem Maße zurückgegangen als deutschlandweit. Gleichzeitig kann die Berliner Wirtschaft viele offene Stellen nicht besetzen. Um die strukturellen Schwächen des Berliner Arbeitsmarkts zu beseitigen und arbeitslose Berliner wieder in reguläre Arbeit zu bringen, müssen wir die Vermittlung und Weiterbildung Arbeitsloser optimieren, insbesondere für Langzeitarbeitslose. Dafür haben wir ein detailliertes Konzept vorgelegt. Wir schlagen vor, neben den bundeseinheitlichen herkömmlichen Förderinstrumenten eigene berlinspezifische Instrumente zu entwickeln und zwar in Kooperation von Land Berlin und Arbeitsagentur. Das Konzept umfasst die Einführung von Mentorenprogrammen, Arbeitsvermittlung durch freie Träger, besser abgestimmte Qualifizierungsmaßnahmen, Gesundheitsförderung und Familienmaßnahmen. Zusätzlich wollen wir einen Arbeitskräftemonitor einführen, damit Nachfrage, Angebot und Ausbildung besser koordiniert werden.

Mit Arbeitskräftemonitor Nachfrage, Angebot und Ausbildung besser koordinieren

17

Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch selbstständige Migranten zu wenig beachtet

Unter Migranten ist die Arbeitslosenquote besonders hoch. Zwar sind Migranten besonders häufig selbstständig, aber selbstständige Migranten gründen dreimal seltener Unternehmen als Selbstständige ohne Migrationshintergrund und die Ausbildungsquote in migrantisch geführten Unternehmen ist vergleichsweise niedrig. Auch das deutsche Erfolgsmodell der Ausbildungsberufe ist unter Migranten oft nicht bekannt, weil es in ihren Heimatländern nicht existiert.

Lösung: Das Zerrbild vom migrantischen Obst- und Gemüsehändler ist falsch. In Berlin gibt es viele erfolgreiche von Migranten geführte Unternehmen. Allerdings ist deren Ausbildungsquote niedriger als der Durchschnitt. Das wollen wir verbessern. Besonders im Handwerk könnten so arbeitssuchenden Migranten neue Perspektiven eröffnet werden. Auch wollen wir selbstständige Migranten besser bei Unternehmensgründungen unterstützen. Wir werden mit den entsprechenden Verbänden und Vereinigungen zusammenarbeiten. Migrantische Unternehmer und Selbstständige brauchen ideelle und materielle Förderung sowie Ermunterung und Rückhalt durch den Senat. Das werden wir sicherstellen.

Selbstständige Migranten besser beachten und unterstützen

Wege in die reguläre Beschäftigung sind das wichtigste

e5

1-Euro-Jobs gefährden reguläre Arbeitsplätze und frustrieren häufig die Betroffenen

Der Bundesrechnungshof und die Handwerkskammern haben die 1-Euro-Jobs kritisiert. Die Praxis in Berlin hat gezeigt, dass diese Beschäftigungsmaßnahmen in Konkurrenz zu regulärer Beschäftigung geraten können.

Ehemalige Studenten
an Berlin binden

18

Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen

In Berlin studieren mehr junge Menschen als irgendwo sonst in Deutschland. Zurzeit sind es über 140.000. Im Jahr 2009 gab es rund 23.000 Absolventen. Rund 40 Prozent der Absolventen verlässt die Stadt. Viele von ihnen, weil sie hier keinen adäquaten Arbeitsplatz finden, dabei braucht unsere Stadt langfristig mehr gut ausgebildete junge Menschen für solides Wirtschaftswachstum und gute Arbeitsplätze.

Lösung: Die CDU hat ein Konzept für mehr Wirtschaftswachstum. Das verbessert schon einmal allgemein die Chancen. Wir schlagen ferner einen Fachkräfte-Monitor vor, der sowohl den aktuellen wie den zukünftigen Bedarf an Fachkräften und damit auch Studienabgängern veröffentlicht. Mit der Transparenz verbessern sich die Chancen, dass Angebot und Nachfrage zueinander kommen. Weiterhin müssen die Verbindungen zwischen Hochschulen und Wirtschaft sehr viel enger werden, damit Studierende sich leichter auf den Berufseinstieg vorbereiten und entsprechende Kontakte knüpfen können. Zudem werden wir ein Berlin Alumni Netzwerk einrichten. Dadurch werden Berliner Absolventen über ihr Studium hinaus an die Stadt gebunden und so zu wichtigen Multiplikatoren für unsere Stadt.

19

Berlin ist nach wie vor für den demografischen Wandel nicht gerüstet

Fachkräfte und
junge Familien stärken

In Berlin verschiebt sich die Alterspyramide zu Ungunsten der jüngeren Generation. So wird bis zum Jahr 2030 das Durchschnittsalter von 42,5 auf 45,3 Jahre ansteigen, die Zahl der Personen ab 80 Jahre nahezu doppelt so hoch sein und die Zahl der „jungen Alten“ im Alter von 65 bis unter 80 Jahren um 14 Prozent ansteigen. Gleichzeitig wird die Gruppe der Erwerbsfähigen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren um 5,1 Prozent und die Anzahl der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren um 14,4 Prozent kleiner. Trotz steigender Lebenserwartung und aktuell leicht zunehmender Geburten werden die Verluste aus der natürlichen Bevölkerungsentwicklung wesentlich höher sein als jetzt. Obwohl diese Entwicklungen Rot-Rot seit langem bekannt sind und die Demografiedebatte zur Chefsache erklärt wurde, versandeten im Laufe der Legislaturperiode die Senatsaktivitäten zum Umgang mit dem demografischen Wandel. Das sehr allgemein gehaltene erste Demografiekonzept liegt unausgewertet in den Ausschüssen. In allen Bereichen fehlt es an detaillierten Planungen und Festlegungen.

Lösung: Wir können die demografische Entwicklung nicht aufhalten, aber gezielte Maßnahmen ergreifen, damit Berlin eine kreative Stadt bleibt, in der sich alle Generationen willkommen fühlen. Senioren dürfen nicht ausgegrenzt werden, vielmehr sollte unsere Stadt ihren reichen Erfahrungsschatz nutzen und ihnen eine aktive Teilnahme ermöglichen, um Altersarmut und Isolation entgegenzuwirken. Berlin braucht aber vor allem auch junge Fachkräfte. Schon heute kann die Berliner Wirtschaft viele offene Stellen nicht besetzen, und zwar aus Mangel an qualifiziertem Personal. Wir wollen gezielt junge Fachkräfte nach Berlin holen (siehe dazu auch „Berlin fehlen junge Akademiker“, Ergänzung Nr. e27). Berlin ist schon heute eine attraktive Stadt für junge Menschen, für junge Familien müssen wir unsere Stadt jedoch noch weit attraktiver machen (siehe dazu auch „Berlin ist von einer familienfreundlichen Metropole noch weit entfernt“, Problem Nr. 88). Den Absolventen unserer ausgezeichneten Hochschulen müssen wir bessere Jobeinstiegsmöglichkeiten bieten, viele von ihnen verlassen die Stadt, dabei brauchen wir sie in Zukunft noch dringender (siehe dazu auch „Berlin hat zu wenig Jobs für seine hochqualifizierten Hochschulabsolventen“, Problem Nr. 18).

20

Berlin ist ähnlich verschuldet wie Griechenland

Der griechische Staat und seine Regionen waren per Ende 2009 mit etwa 115 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes verschuldet - und damit bei knapp dem Doppelten des Euro-Kriteriums von 60 Prozent. Auch Berlin ist hoch verschuldet und würde die Euro-Kriterien verfehlen. In der Zeit der rot-roten Regierung ist die Verschuldung Berlins um fast 70 Prozent von 39 auf 63 Milliarden Euro gestiegen. Allein die Zinslast aus dieser Rekord-Verschuldung beträgt für den Berliner Haushalt jährlich 2,4 Milliarden Euro – bei historisch niedrigeren Zinsen!

Lösung: Die Berliner CDU hat Anfang 2002 mit ihrem Masterplan Haushaltskonsolidierung und im Jahr 2005 mit ihrer abweichenden Stellungnahme zum Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Eine Zukunft für Berlin“ die Grundzüge ihrer Strategie zur Haushaltskonsolidierung

dargelegt. Grundlage soll die Weiterführung der 2001 durch den rot-roten Senat abgebrochenen Verwaltungsreform mit der Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sein. Im Mittelpunkt dieses Reformansatzes steht die Steuerung der Berliner Verwaltung auf der Grundlage der von ihr zu erbringenden Dienstleistungen. Das System der Berliner KLR ermöglicht nach ihrer vollständigen Einführung gleichermaßen die aufgabenkritische Evaluierung aller Aufgaben der Berliner Verwaltung, aller Verwaltungsprozesse und der damit verbundenen Kostenfolgen. Gleichzeitig liefert das System auch die Grundlage für ein besseres Qualitätsmanagement (siehe dazu auch die Konsolidierungsvorschläge bei „Über 10 Milliarden Euro Transferausgaben im Berliner Haushalt sind unverhältnismäßig hoch“, Problem

Vollständiger Regierungsumzug
nach Berlin ist gut für alle
Beteiligten

21

Berlin braucht die ganze Hauptstadt - Doppelsitz kostet, nutzt aber nichts

Der Senat setzt sich nicht aktiv ein, die unsinnige Doppelstruktur Bonn-Berlin aufzuheben.

Lösung: Berlin ist nicht nur Regierungssitz, nicht nur formal die Hauptstadt Deutschlands - Berlin ist im Bewusstsein aller Deutschen die deutsche Hauptstadt. Vor diesem Hintergrund hat über 20 Jahre nach Beendigung der deutschen Teilung das Bonn-Berlin-Gesetz keine Rechtfertigung mehr. Es ist nicht nur der Hauptstadt abträglich, sondern verursacht hohe Kosten, insbesondere für den Bundeshaushalt, die vor dem Hintergrund der überbordenden Verschuldung der öffentlichen Haushalte keinen Sinn mehr macht. Die Aufhebung des Bonn-Berlin-Gesetzes ist eines der herausgehobenen Ziele der nächsten Legislaturperiode. Berlin würde als Stadt profitieren, die Bundesregierung könnte effektiver arbeiten und Bonn hätte dank Telekom, Post und oberen Bundesbehörden kein Problem.

22

Berliner Haushalt ohne Vorsorge für Milliardenrisiken

Der Solidarpakt bringt uns zurzeit noch jedes Jahr 1,66 Milliarden Euro. Bis 2019 wird diese Zahlung stufenweise auf Null herabgesetzt. In vergleichbarer Größenordnung könnten umgekehrt die Zinsen steigen, wenn wir unsere Schulden nicht mehr im Schnitt mit 3,5 Prozent Zinsen finanzieren können. Oft gab es in der Geschichte Zinsen von 7 Prozent. Für Berlin wären das weitere 2,4 Milliarden Kosten. Die Pensionslasten steigen und Mehrkosten in dreistelliger Millionenhöhe drohen bei der Grundsicherung für Alte. Das BIH-Portfolio wurde Anfang 2011 doch nicht verkauft. Hier rechnet der Senat mit weiteren 140 Millionen Euro jährlich. Gleichzeitig stiegen die Kosten für soziale Träger jedes Jahr dramatisch. Zusammengekommen belaufen sich diese Risiken auf jährlich über 5 Milliarden Euro.

Lösung: Zu Beginn der neuen Legislaturperiode muss sofort ein Kassensturz gemacht werden. Alle Risiken sind möglichst genau zu beziffern und - auch gegenüber der Öffentlichkeit - transparent darzustellen. Für jeden einzelnen Fall sind die Ziele und Strategien der Risikominimierung zu bestimmen. Im Rahmen der Konsolidierungsstrategie für den Berliner Landeshaushalt muss für jeden Problemkreis das Risikomanagement klar festgelegt, über die Legislaturperiode exekutiert und die Abarbeitung der Risiken streng kontrolliert werden. Darüber hinaus treten wir dafür ein, die exorbitant hohe Staatsquote der Berliner Wirtschaft von zurzeit 60 Prozent systematisch in merklichen, aber sozial verantwortbaren Schritten abzubauen. Die hohe Staatsquote ist eine wesentliche Ursache für den hohen Schuldenstand des Landes.

Ohne Kassensturz und strenges
Risikomanagement können
Berlins Kostenrisiken nicht
geschultert werden.

e9

Pensionslasten

Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger (Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene) steigt in den nächsten 15 Jahren voraussichtlich um insgesamt 27 Prozent. Die Menschen werden älter und die Pensionen steigen ähnlich wie die Löhne. Berlin wird das wohl jährlich 400 Millionen Euro kosten. Die Ausgaben für Ruhestandsbeamte und Hinterbliebene beliefen sich in 2010 auf ca. 1,2 Milliarden Euro. Sie werden bis 2020 um mindestens 200 Millionen Euro, möglicherweise sogar um 450 Millionen Euro steigen.

Lösung: Die steigenden Pensionslasten müssen zusammen mit den übrigen Haushaltsrisiken in die mittelfristige Planung eingearbeitet und im Rahmen eines belastbaren Konsolidierungskonzepts gegenfinanziert werden.

23

S-Bahn-Krise und kein Ende

Die S-Bahn stolpert von einer Notmaßnahme in den nächsten reduzierten Fahrplan. Information und Entschädigung für die geplagten Kunden gibt es nur schleppend und jeweils nur auf öffentlichen Druck. Das Krisenmanagement bis zu einer langfristigen stabilen Lösung muss verbessert werden.

Lösung: Die CDU hat ein detailliertes Konzept vorgelegt und schlägt zwei zentrale Ansätze vor: Technisch die Einschaltung von zusätzlichen Werkstätten, die es heute schon im Großraum Berlin gibt, aber bislang nicht genutzt werden. Und für die Fahrgäste eine Vereinbarung über Krisenstandards für die noch mehrjährige Übergangszeit bis zu wirklich besseren Zeiten. Fast 600 Techniker arbeiten an mehreren Standorten in den S-Bahn eigenen Werkstätten im Schichtbetrieb. Wannsee, Grünau, Friedrichsfelde, Oranienburg und Erkner sind für betriebsnahe Instandhaltungen, also einfachere Reparaturen und Wartungsarbeiten, zuständig. Schöneweide kümmert sich um die harten Brocken, dort werden auch mal Züge zerlegt. Bombardier in Hennigsdorf wäre von der Struktur her in der Lage, sich an den Ausbesserungsarbeiten zu beteiligen. Die Baureihe 481/482 stammt sogar aus dem Hause Bombardier.

Vorhandene Werkstätten im
Großraum Berlin können
die S-Bahn wieder auf die
Schiene setzen

Berlins Verwaltung braucht
flachere Hierarchien mit klaren
Verantwortlichkeiten

25

Die Verwaltung leistet nicht, was der Bürger braucht

Die Unzufriedenheit der Bürger mit der Berliner Verwaltung ist in vielen Vergleichsstudien dokumentiert. Die Bezirke sind vielfach die Leidtragenden der zentralistischen Vorgehensweise der Senatsverwaltungen, bei der Entscheidungen weit weg vom Bürger getroffen werden. Dies muss immer wieder durch Mitarbeiter mit direktem, persönlichem Kundenkontakt ausgeglichen werden. Gleichzeitig sind das aber genau die Mitarbeiter, die trotz hoher Anforderungen - wie neue Verfahren, neue Technik und nicht ausreichende Computersysteme - am schlechtesten bezahlt werden. Es fehlt an Fortbildung und an einem nachhaltigen stadtweiten Konzept für Bürgerfreundlichkeit.

Lösung: Der Öffentliche Dienst kostet jedes Jahr rund 6,6 Milliarden Euro. Er muss zum positiven Standortfaktor entwickelt und am wirtschaftlichen Erfolg der Stadt ausgerichtet werden. Flache Hierarchien und eigene Verantwortungsbereiche fördern die Motivation im Öffentlichen Dienst. Genauso wird eine klare Kosten- und Nutzen-transparenz benötigt. Das kaufmännische Rechnungswesen mit einer „Berlin-Bilanz“ und verpflichtende Kosten-Nutzenanalysen verhindern Entscheidungen ohne Betrachtung der Folgekosten und würden auch eine rational nachvollziehbare Investitionsplanung ermöglichen. Bürgerschaftliches Engagement sollte von der Verwaltung grundsätzlich unterstützt werden. Wenn Bürger sich konstruktiv und nachhaltig, wie etwa im Rahmen von sogenanntem Community Organizing, für ihren Kiez, ihre Region einsetzen, dann muss die Verwaltung verpflichtet werden, diese Anliegen vorrangig und unbürokratisch zu behandeln.

e11

Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide

Lange Wartezeiten in Behörden und auf Bescheide, so z.B. auf Wohngeldbescheide oder Schwerbehindertenausweise, sind Zeit- und Geldverschwendung und ein Ausdruck mangelnden Respekts den Bürgern gegenüber. Natürlich sind gelegentliche Überlastungen nicht zu vermeiden. Wenn aber der Gang zum Amt oder der Antrag auf eine berechnete Leistung regelmäßig zur Geduldssprobe wird, dann muss sich etwas ändern.

Lösung: Über ein permanentes Qualitätsmanagement können die Probleme dauerhaft verringert werden. Instrumente dafür sind z.B. das E-Government, Auslastungsprognosen wie bei Fluglinien, Informationssysteme, Verfahrensvereinfachungen usw. Alle Verwaltungen sollten eine elektronische Terminvergabe über das Internet und die 115 Nummer und/oder E-Mail vorsehen und einen SMS-Service als Wartemanagement anbieten. Garantierte Rückrufe innerhalb von einem Werktag.

e12

Berliner Verwaltungen arbeiten manchmal gegeneinander statt miteinander

Die öffentliche Verwaltung ist eine riesige Dienstleistungsorganisation, die vielfältige Aufgaben wahrzunehmen hat. Dieses Aufgabenspektrum umfasst alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens, von der Ordnungspolitik über die Bildungspolitik zur Sozial- oder der Wirtschaftspolitik. Durch fehlende Prioritätensetzung ist nicht sichergestellt, dass die Ziele ihrer Bedeutung nach und aufeinander abgestimmt verfolgt werden.

Lösung: Alle Verwaltungsleistungen werden nach dem Vorbild der Bezirke definiert und in einen klaren hierarchischen Aufgabenkontext gestellt, z.B. auf Politikfelder und die Funktionen der Finanzplanung bezogen. Als Informationssystem wird die Kosten- und Leistungsrechnung genutzt. Auf der Basis dieser Informationen werden Prioritäten gesetzt, Ziele definiert und die Zielerreichung kontrolliert. Die Praktikabilität eines solchen Systems ist bereits vor 10 Jahren unter Führung der CDU im Bezirksamt Neukölln nachgewiesen worden, es muss jetzt nur noch auf die übrige Verwaltung, insbesondere die Senatsverwaltungen, angewendet werden.

e13

Doppelzuständigkeiten erzeugen hohe Reibungsverluste und lange Bearbeitungszeiten

Alle Verwaltungen in Berlin nehmen ihre Aufgaben wahr, ohne sie innerhalb ihres Geschäftsbereichs, geschweige denn mit den Geschäftsbereichen anderer Verwaltungen, abzustimmen. Dadurch entstehen Konflikte zwischen Verwaltungsstellen, die dazu führen, dass Genehmigungsverfahren aufgrund individueller Verwaltungsinteressen auf die lange Bank geschoben oder gar verhindert werden. Eine politische Steuerung ist oft nicht möglich, weil ein geeignetes Informationssystem fehlt und destruktive Entscheidungen unterhalb der politischen Ebene getroffen werden.

Lösung: Mit Hilfe der Kosten- Leistungsrechnung in den Bezirken werden die Leistungsbeziehungen innerhalb der Verwaltung abgebildet und analysiert. Sie muss endlich auch vollständig für die Senatsverwaltungen eingeführt werden. Aufgrund dieser Erkenntnisse können klare Verantwortlichkeiten festgelegt und Prozesse optimiert werden. Die verfahrensleitende Stelle erhält die notwendigen Kompetenzen, um im Interesse des Bürgers schnelle Verfahren durchzusetzen. Überflüssige Verwaltungsvorgänge werden abgeschafft. Dadurch wird die Verwaltung nicht nur ihre Leistungsfähigkeit steigern, sondern auch zwischen 10 bis 30 Prozent Kosten senken können. Mit den freiwerdenden Ressourcen können dann endlich die dringlichen Aufgaben angegangen werden, für die heute angeblich kein Geld da ist. Die Aufgabenverteilung zwischen Senat und Bezirken nach den gesetzlichen Vorgaben wird künftig - entgegen der bisherigen Praxis - eingehalten, d.h. für Bezirksaufgaben werden nicht teure Senatsprogramme aufgestellt, sondern auskömmliche Mittel - ggf. mit Zweckbindung - direkt in die Bezirke gegeben. Alle Antragsverfahren mit der entsprechenden Bürokratie können damit entfallen.

Gegen jede Form von Mobbing wird entschieden eingeschritten und die Eltern der Täter in die Pflicht genommen.

33

Gegen Mobbing hilft keine statistische Schönfärberei

In sieben Jahren haben sich die Gewaltmeldungen von Berliner Schulen versechsfacht. Daraufhin wurde die Meldepflicht vom Senat abgeschafft.

Lösung: Das alleinige Werben für mehr gegenseitigen Respekt reicht nicht aus. Gegen jede Form von Mobbing muss entschieden eingeschritten werden. Die Eltern der Täter müssen umgehend informiert und zur Unterstützung aufgefordert werden. Wenn der elterlichen Verantwortung nicht nachgekommen wird, muss ein gestuftes Verfahren zur Stärkung der Elternverantwortung zum Tragen kommen. Insbesondere dem Phänomen des Mobbing im Internet (häufig als „Cyber-Mobbing“ bezeichnet) muss schnellstmöglich ein Riegel vorgeschoben werden. Die CDU unterstützt die Aktion verschiedener Schüler, mit der diese eine Mobbingseite im Internet durch das massenweise Einstellen harmloser Texte praktisch unlesbar machen möchten.

34

Schülerlotterie: Niete statt Gewinn

In Berlin entscheidet ein Losverfahren über die Vergabe von 30 Prozent der Plätze auf weiterführende Schulen. Durch dieses willkürliche Verfahren wird der Ansturm auf die beliebten Schulen noch größer und das Lerntempo wird sich wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen der willkürlich zusammengesetzten Klassen verlangsamen. Darüber hinaus sind aufgrund der Verunsicherung der Eltern vermehrte Klagen gegen Ablehnungsbescheide zu erwarten.

Lösung: Das bundesweit einmalige Verlosen von Schulplätzen muss sofort beendet werden. Entscheidungen von solch grundlegender Bedeutung wie die Auswahl einer weiterführenden Schule müssen frei von Willkür sein. Die Auswahl sollte durch die Schule selbst erfolgen und in einem transparenten und rechtssicheren Verfahren stattfinden. Kriterien sollten sein: persönliche Gespräche, außerschulische Qualifikationen, Tests, Interessenschwerpunkt der Schule und Geschwisterregelung.

Die Schülerlotterie wird sofort abgeschafft und durch ein transparentes Verfahren ersetzt

e19

Geschwisterregelung? Fehlanzeige

Beim Übergang aufs Gymnasium gibt es anders als beim Zugang zur Grundschule keine Geschwisterregelung. Eltern mit mehreren Kindern wird dadurch völlig überflüssigerweise eine unnötige Mehrbelastung auferlegt.

Lösung: Die mit dem Verteilen von Kindern auf verschiedene Schulen verbundene Mehrbelastung der Eltern ist leicht vermeidbar: So wie beim Zugang zur Grundschule muss eine Geschwisterregelung eingeführt werden. In den Genuss der Geschwisterregelung dürfen jedoch nur solche Kinder kommen, die dem Leistungsniveau einer Schule entsprechen.

35

Benachteiligung des Gymnasiums

Die Gymnasien werden in Berlin systematisch benachteiligt: Der Gymnasialzugang wird nicht allein nach dem Leistungsprinzip geregelt, sondern Plätze werden verlost. Die Gymnasien sind vom Lehrermangel überdurchschnittlich betroffen und die Ausstattung ist in beinahe allen Bezirken unterdurchschnittlich. Die Klassen sind größer als an den Sekundarschulen.

Lösung: Das Gymnasium ist eine tragende Säule unseres Bildungssystems. Es vermittelt eine breite Allgemeinbildung und die Studierfähigkeit für sämtliche Studiengänge. Eltern und Schüler können über die Schulwahl nur dann frei entscheiden, wenn es leistungsfähige und nicht benachteiligte Gymnasien gibt. Die systematischen Benachteiligungen müssen beseitigt und die Gymnasien finanziell angemessen ausgestattet werden.

Die Gymnasien werden personell und finanziell angemessen ausgestattet

36

Sekundarschulen ohne Profil

Der Sekundarschule fehlt ein klares Profil. Die Binnendifferenzierung, d.h. die individuelle Förderung einzelner Lernender, ist ein leeres Versprechen, da es dafür weder genug noch hinreichend ausgebildete Lehrer gibt. Berichte der Senatsverwaltung bestätigen, dass die Binnendifferenzierung faktisch nicht stattfindet und ein Konzept, das darauf beruht, droht in der Praxis zu scheitern. Viele Sekundarschulen drohen erneut zu Restschulen zu werden.

Lösung: Jede Sekundarschule braucht ein klares Profil, das sie attraktiv für Eltern und Schüler macht. Dazu ist es notwendig an jeder Schule Praxisklassen, Ansprechpartner für Unternehmen und verbindliche Kooperationen mit den Kammern einzurichten. Die fehlende Binnendifferenzierung darf nicht zu Lasten der Schüler gehen. Fortbildung ist notwendig, auch wenn damit der Geburtsfehler der rot-roten Reform leider nur gelindert und nicht beseitigt wird.

Jede Sekundarschule erhält ein eigenes Profil und wird mit der Wirtschaft besser vernetzt

37

Die Zahl der Studienplätze wird dem Bedarf angepasst

42

Ansturm auf die Hochschulen – Berliner Schüler benachteiligt

Die Gesamtzahl der Studierenden hat einen Rekordwert in Deutschland erreicht. Durch die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht wird es im kommenden Jahr sogar zu einer Verschärfung des Andrangs an den Universitäten kommen.

Lösung: Die Anzahl der Studienplätze muss dem veränderten Bedarf angepasst werden. Auch teure Studienplätze wie in Medizin, Natur- und Ingenieurwissenschaften dürfen nicht aus Kostengründen ausgeklammert werden. Ganz im Gegenteil muss die Anzahl der Studierenden in diesen Studienfächern durch Anreize und Kooperationen mit der Wirtschaft gesteigert werden.

43

Studienreform ohne mehr Studienfreiheit

Der Senat errichtet mit seiner Novelle zum Berliner Hochschulgesetz neue bürokratische Instrumente, die Geld kosten und die Autonomie der Hochschulen gefährden, aber Studierenden nichts nützen. Die Hochschulen und die Studierenden haben sich zu Recht gegen dieses Vorhaben des Senats ausgesprochen.

Lösung: Die Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes muss die Selbstverantwortung der Hochschulen weiter stärken und die Ausbildungsqualität auf exzellentem Niveau sichern und erhöhen. Die CDU setzt sich für ein Berliner Hochschulgesetz mit den Leitziele Eigenverantwortung, Wettbewerb und Qualitätssicherung in Forschung und Lehre ein. Außerdem müssen Hemmnisse bei der Erschließung zusätzlicher Finanzquellen, etwa im Bereich des Stiftungsrechts oder nichtstaatlicher Drittmittel, beseitigt werden. Zum Wiederaufbau weggekürzter Studienplätze muss die Finanzierungsgrundlage für einen Ausbau von ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studienplätzen berücksichtigt werden. Der zu erwartende Anstieg der Studierendenzahlen bis zum Jahr 2014 und das dann anhaltend hohe Niveau bis zum Jahr 2020 ist nicht nur eine Herausforderung, sondern bietet eine einmalige Chance, möglichst vielen jungen Menschen eine optimale Ausbildung im Hochschulbereich zu ermöglichen.

Mit einem neuen Hochschulgesetz wird die Selbstverwaltung der Hochschulen gestärkt und die Ausbildungsqualität erhöht

e23

„Orchideenfächer“ werden ignoriert

Die Berliner Hochschullandschaft ist gekennzeichnet von einer deutschlandweit einzigartigen Vielfalt der Studienfächer. Dank dreier großer Universitäten und insgesamt mehr als 20 Hochschulstandorten in Berlin ist hier auch in den sogenannten „kleinen“ Fächern bisher exzellente Lehre möglich gewesen. Gerade diese sogenannten „Orchideenfächer“ vernachlässigt der Berliner Senat in seiner Hochschulpolitik jedoch und betrachtet sie häufig nur als lästige und ineffiziente Haushaltstitel, bei denen man ohne großes Aufheben Mittel einsparen kann.

Lösung: Gerade geisteswissenschaftliche Fächer machen zu einem guten Teil den Reiz und die Vielfalt der Berliner Hochschullandschaft aus. Durch sie ergeben sich in Berlin ganz andere Möglichkeiten für interdisziplinäres Forschen und auch für eine vernetzte Lehre. Die Erfahrung an den Berliner Hochschulen zeigt, dass gerade in diesen Fächern mit übersichtlichem Mitteleinsatz exzellente Forschungsergebnisse in immer wichtiger werdenden Gesellschaftsbereichen erzielt werden, die dem Wissenschaftsstandort Berlin weltweit große Aufmerksamkeit und Anerkennung einbringen. Eine verantwortungsvolle Strategie für die Berliner Wissenschaft muss daher auch und gerade die strategisch wichtige Rolle dieser vermeintlich „kleinen“ Fächer berücksichtigen und sie nicht nur als Objekt haushalterischer Kürzungen betrachten.

e24

Kooperationen universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vom Senat ungenügend gefördert

Berlin verfügt mit seinen Hochschulen und einer Vielzahl verschiedener außeruniversitärer Forschungseinrichtungen über eine einmalige Wissenschaftsinfrastruktur. Rot-Rot hat jedoch nie ein stimmiges Gesamtkonzept vorgelegt, um universitäre und außeruniversitäre Forschung miteinander zu verzahnen und abzustimmen. Die Einstein-Stiftung, die auch in diesem Zusammenhang als interdisziplinäres Netzwerk gedacht war, hat für eine bessere Kooperation bisher überhaupt keine Impulse gesetzt.

Lösung: Neben exzellenten Hochschulen besitzt Berlin eine herausragende Fülle an international renommierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft unterhalten in Berlin eine Reihe von Instituten, die hervorragende Forschungsleistungen erbringen und einen Großteil der jährlichen Bundesinvestitionen in die Berliner Wissenschaft (2009: 732 Millionen Euro) erhalten. Eine verantwortungsbewusste Wissenschaftspolitik muss Kooperationen zwischen universitären und außeruniversitären Einrichtungen in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. In Berlin werden die vorhandenen Potenziale nicht annähernd ausgeschöpft. Baden-Württemberg hat mit einer gemeinsamen Führung der Universität Karlsruhe mit dem Forschungszentrum Karlsruhe vorgemacht, wie mit einer Bündelung von Kräften wissenschaftlicher Mehrwert mit exzellenter Lehre und effizientem Mitteleinsatz verbunden werden kann.

e25

Charité investiert nicht einmal 4 Prozent vom Umsatz, das ist weit weniger als die Hälfte der Konkurrenz

Die Charité gehört zu den weltweit bekanntesten medizinischen Einrichtungen, ihre Geschichte reicht bis in das Preußen des 18. Jahrhunderts. Sie hat eine Vielzahl herausragender Forscher und eine Reihe von Medizinnobelpreisträgern hervorgebracht. Heute ist die Charité mit einem Jahresumsatz von rund 1,2 Milliarden Euro und rund 13.000 Mitarbeitern zudem eines der größten Unternehmen Berlins. Rot-Rot mangelt es an Respekt und Engagement für diese einmalige Organisation: Der Investitionsstau summiert sich inzwischen auf über eine Milliarde. Die Investitionsquote liegt bei katastrophal niedrigen 3,3 Prozent, andere Universitätskliniken geben mehr als 8 Prozent aus, private Kliniken 11 Prozent. Die Sanierung des maroden Bettenhauses in Mitte wurde lange verzögert, die Kantine in Mitte musste sogar ganz schließen. Die Investitionsplanung des Finanzsenators, die nach dem Gesetz für mindestens 3 Jahre im Voraus festgelegt werden muss, reicht noch nicht einmal bis ins Jahr 2013. Die Folgen dieser Politik sind schon heute bei Berufungen zu spüren. Viele Lehrstühle sind ohne Perspektive. Die Qualität der Charité ist nachhaltig bedroht. Es ist wie bei der S-Bahn: erst wird an der falschen Stelle geknausert (von Sparen kann man nicht reden, denn im Ergebnis ist es das Gegenteil) und dann leiden alle an den Folgen.

Lösung: Wir haben zur Zukunft der Charité ein detailliertes Konzept, das die Exzellenz dieser einmaligen Einrichtung auch in Zukunft gewährleistet. Im Kern haben wir ein langfristiges Finanzierungskonzept erstellt, dass die Charité wieder handlungsfähig macht. Dabei schlagen wir auch gleich neue Strukturen vor, die die anstehenden Aufgaben der Charité besser begleiten können als sich zankende Senatoren. Der Bund sollte stärker involviert werden.

e26

Kein Schwerpunkt Islamwissenschaften an Berliner Universitäten

Seit Jahren hintertreibt Rot-Rot die Etablierung von christlichem und islamischem Religionsunterricht an den Schulen, der angesichts der demographischen Entwicklung und regelmäßiger Missverständnisse sowie Irritationen nötiger denn je ist. Auch die sogenannte Imam-Ausbildung wird vernachlässigt. Die Berliner Hochschulen werden nicht bei der Einrichtung eines Schwerpunktfaches „islamische Studien“ unterstützt. Dabei brauchen wir endlich eine fundierte Ausbildung von islamischen Religionslehrern an deutschen Universitäten statt, wie bisher unter Rot-Rot, willkürlichem Zugang verschiedener islamischer Gruppierungen zu den Schulen.

Lösung: Das unionsgeführte Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Wettbewerb zur Einrichtung von Zentren für islamische Studien ausgeschrieben, dessen beträchtliche Mittel auch dank der Untätigkeit des Berliner Senates nun nicht nach Berlin, sondern an die Universitäten Münster, Erlangen, Tübingen und Gießen gehen, in deren Umfeld sich keine besondere Konzentration muslimischen Lebens feststellen lässt. Dabei sind mittlerweile Schätzungen zufolge mehr als 10 Prozent aller Berliner muslimischen Glaubens – mit steigender Tendenz. In den Schulen steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens jedes Jahr. Berlin ist damit die Stadt, in der deutschlandweit die meisten Muslime leben. Die Weigerung des Berliner Senats, in Berlin flächendeckenden Religionsunterricht anzubieten und auf Deutsch unterrichtende Religionslehrerinnen und Lehrer auszubilden, konterkariert und hintertreibt die Integrationsbemühungen, der sich viele zivilgesellschaftliche Akteure mit großem Engagement widmen. Die Berliner Hochschulen bedürfen umfassender politischer Unterstützung, um auch in Berlin ein Zentrum für „Islamische Studien“ zu etablieren. So können auch hier künftig islamische Religionslehrer ausgebildet werden, die dann auf Deutsch unterrichten. Für die Stadt, in der deutschlandweit die meisten Muslime leben, muss das eine Selbstverständlichkeit sein.

e27

Berlin fehlen junge Akademiker

Berlins Wissenschaft und Wirtschaft stehen in einem weltweiten Wettbewerb um talentierte Akademiker. Berlin muss attraktiv bleiben und noch attraktiver werden.

Lösung: Berlin braucht junge Akademiker. Wir wollen eine Berlin Fellowship mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft initiieren, mit der gezielt junge Fachkräfte, Absolventen, postgradual Studierende sowie Doktoranden an Berlin gebunden beziehungsweise nach Berlin geworben werden sollen. Kern der Fellowship ist es, den Stipendiaten Kontakte zur Wissenschaft und Wirtschaft zu vermitteln und sie so in bestehende Netzwerke einzubinden. Dabei müssen wir auch gezielt die Standortvorteile Berlins wie das kulturelle Angebot, die Vielfalt und die vergleichsweise niedrigen Lebenshaltungskosten betonen.

e28

Schule und Wirtschaft - kaum Verbindung

Die Bedeutung der Wirtschaft für unsere Gesellschaft wird in den Schulen ungenügend berücksichtigt. Das verschlechtert nicht zuletzt die Zukunftsperspektiven unserer Schüler.

Lösung: Die Wirtschaft ist ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft, sie bildet ihre materielle Grundlage und ist wichtiger Motor für gesellschaftliche Entwicklungen. Dennoch kommt die Wirtschaft in unseren Schulen kaum oder nur am Rande vor. Wir wollen den Bereich ökonomische Bildung nicht nur in den Lehrplänen stärken, sondern auch Wirtschaft und Schulen einander näher bringen. Dazu wollen wir für jede Berliner Schulklasse Patenunternehmen finden. Gerade für Schüler aus sozialschwachen Schichten kann dies eine Verbesserung ihrer Startchancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bewirken.

Hoch qualifizierte Migranten müssen einfacher auf dem deutschen Arbeitsmarkt Fuß fassen können

61

Migrantische Eliten wandern aus

Immer mehr gut integrierte und gut ausgebildete Migranten kehren Deutschland den Rücken und wandern in ihre Herkunftsländer aus, um dort zu arbeiten. So ergab beispielsweise eine vom „Zentrum für Türkeistudien“ in Auftrag gegebene Untersuchung des Kreifelder Forschungsinstituts futureorg, dass 36 Prozent der türkischen Akademiker und Studierenden in Deutschland ihre Zukunft nach dem Studium in der Türkei sehen. Besonders unter Naturwissenschaftlern, Medizinerinnen und Ingenieuren ist die Abwanderungsbereitschaft laut Studie sehr hoch. Dies ist nicht nur mit Blick auf den Fachkräftemangel ein Problem.

Lösung: Angesichts des fortschreitenden demografischen Wandels sind Deutschland und Berlin dringend auf gut ausgebildete Zuwanderer angewiesen. Daher muss der anhaltenden Abwanderung der Eliten unter den Zuwanderern dringend begegnet werden. Dies gelingt nur, wenn wir ihnen die Chancen und Möglichkeiten, die sie im Ausland suchen, auch in Deutschland bieten und ihnen das Gefühl vermitteln, dass sie hier willkommen sind. Dafür muss die immer noch herrschende strukturelle Benachteiligung abgebaut werden. So belegt eine Studie der OECD, dass Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt bei gleicher Qualifikation schlechtere Aussichten haben, überhaupt zum Gespräch eingeladen zu werden. Hier muss ein Umdenken stattfinden. Auch ist es höchste Zeit, vergleichbare ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse anzuerkennen (siehe dazu auch „Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt“, Problem Nr. 62). Darüber hinaus sind die bürokratischen Hindernisse für ausländische Studierende, die ihr Studium an einer deutschen Hochschule absolviert haben, abzubauen, um ihnen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Derzeit können selbst gute Absolventen an Berliner Hochschulen – obwohl dringend gebraucht – wegen ihres Ausländerstatus nur in engen Grenzen bzw. nach aufwendigen Verwaltungsverfahren eine Stelle in Berlin antreten. Wir wollen den umgekehrten Weg gehen und diese Menschen langfristig an Berlin binden, gerade indem sie als Hochqualifizierte unbürokratisch eine Berufstätigkeit aufnehmen können.

62

Im Ausland erworbene Abschlüsse und Qualifikationen werden in Berlin zu oft nicht anerkannt

Viele Zuwanderer aber auch Deutsche stehen vor dem Problem, ihre im Ausland erworbenen beruflichen Qualifikationen und Abschlüsse auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht optimal verwerten zu können, weil Bewertungsmaßstäbe und Bewertungsverfahren fehlen. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa 300.000 Menschen davon betroffen sind. Die bisherigen Regelungen zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen sind unzureichend und wenig einheitlich: In vielen Fällen führen sie zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen.

Lösung: Deutschland kann es sich nicht erlauben, die Potenziale von Zuwanderern ungenutzt zu lassen. Dies gilt insbesondere mit Hinblick auf den Fachkräftemangel. Deshalb unterstützt die Berliner CDU das im März 2011 vom Bundeskabinett verabschiedete sogenannte Anerkennungs-gesetz. Nach dem Gesetzentwurf soll jeder Bürger mit einem ausländischen Abschluss einen Rechtsanspruch erhalten, dass innerhalb von drei Monaten seine Qualifikation geprüft werden muss. Damit wird die Approbation erstmals unabhängig von der Staatsbürgerschaft vergeben. Zudem soll eine zentrale Auskunftsstelle für Migranten eingerichtet werden, die Interesse an einem Anerkennungsverfahren haben. Die Bundesländer sind nun angehalten, ihrerseits tätig zu werden und gesetzliche Regelungen auf den Weg zu bringen, da sie für viele Berufe selbst zuständig sind – wie beispielsweise für den Lehrerberuf, für Sozialberufe und für Ingenieure. Dieser Prozess ist auch in Berlin mit Nachdruck zu verfolgen, um schnellstmöglich einheitliche Rahmenbedingungen in ganz Deutschland zu schaffen.

Jeder Zugezogene soll nach spätestens drei Monaten wissen, ob sein Bildungsabschluss anerkannt wird

e41

Zuwanderer sind im öffentlichen Dienst unterrepräsentiert

In anderen europäischen Metropolen wie Paris oder London gehören Mitarbeiter mit Zuwanderungshintergrund im öffentlichen Dienst zum Alltag, in Berlin sind sie weiterhin unterrepräsentiert. Dabei sind Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen, beispielsweise bei Polizei, Feuerwehr und in der Verwaltung, gerade in einer Stadt wie unserer sehr hilfreich.

Lösung: Der öffentliche Dienst ist für befähigte Bürger mit Zuwanderungshintergrund weiter zu öffnen. Zuwanderer sollten für die Aufnahme beruflicher Tätigkeiten im öffentlichen Dienst motiviert werden. Das ist aus mehreren Gründen sinnvoll: Zum einen hat dies Vorbildfunktion für andere Zuwanderer. Zum anderen führt es zu einer größeren Identifikation von Menschen mit Zuwanderungshintergrund mit unserer Stadt und unserem Land. Schließlich sind ihre Kompetenzen sprachlicher und kultureller Art für die öffentliche Verwaltung eines Gemeinwesens mit mehr als 25 Prozent Zuwanderer hilfreich. Gesetzliche Regelungen zur Förderung der Einstellung von Migranten lehnen wir allerdings ab. Relevantes Einstellungskriterium kann nur die Qualifikation sein. Die Qualifizierung von Bewerbern mit Zuwanderungsgeschichte ist zu fördern.

